



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

March 2025 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Spaltung überwinden: Was die Zivilgesellschaft gegen die gefährliche Polarisierung tun kann

In der heutigen Zeit der zunehmenden Polarisierung unserer Gesellschaft und des schwindenden Vertrauens in die demokratischen Institutionen muss die Zivilgesellschaft diesen Herausforderungen die Stirn bieten. Polarisierung an sich ist nicht immer negativ. Schließlich lebt die demokratische Debatte von unterschiedlichen Standpunkten. Wenn Polarisierung jedoch zu Feindseligkeit, Desinformation und Spaltung führt, bedroht sie die Grundfesten unserer Demokratien.

Während der diesjährigen Woche der Zivilgesellschaft haben wir bemerkenswerte Beispiele für Initiativen zur Bekämpfung gefährlicher Polarisierung gesehen. Der EWSA-Preis der Zivilgesellschaft ging an Organisationen, die in den Bereichen Medienkompetenz, Bekämpfung von Desinformation und Förderung des Generationendialogs tätig sind. Genau solche Projekte müssen gefördert werden, wenn wir resiliente und von Zusammenhalt geprägte Gesellschaften schaffen wollen.

Europaweit ist eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung zu beobachten. Die Herausforderungen sind zahlreich: wirtschaftliche Ungleichheiten, soziale Ausgrenzung, Falschinformationen im Internet und in den sozialen Medien sowie politischer Extremismus. Der jüngste Anstieg populistischer Bewegungen in ganz Europa, der schrumpfende Medienpluralismus und das schwindende Vertrauen in die Institutionen machen deutlich, wie Polarisierung die Unzufriedenheit schürt. Diese Tendenzen schwächen die demokratischen Strukturen und untergraben den sozialen Zusammenhalt. In solchen Zeiten ist die Zivilgesellschaft nicht nur Teilnehmerin am demokratischen Prozess, sondern auch Hüterin der Demokratie.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft stehen bei der Verteidigung demokratischer Werte seit langem an vorderster Front. Sie fungieren als Vermittler, bringen unterschiedliche Standpunkte zum Ausdruck, bekämpfen Falschinformationen und fördern fundierte öffentliche Debatten. Sie bieten eine Plattform für diejenigen, die sich ungehört fühlen, und sie setzen sich für inklusive politische Maßnahmen ein, die Spaltungen überwinden, anstatt sie zu vertiefen. Durch bürgerschaftliches Engagement, faktenbasierte Diskussionen und Initiativen zur Förderung von Toleranz bekämpft die Zivilgesellschaft aktiv die spaltenden Kräfte.

Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass die Stärkung der Teilhabe und des Dialogs der einzig gangbare Weg ist. Wir sehen dies in unserer tagtäglichen Arbeit: Unsere Mitglieder, die Arbeitgeber, Gewerkschaften und nichtstaatliche Organisationen vertreten, führen umfassende Debatten, allerdings stets mit dem Ziel, eine gemeinsame Grundlage zu finden. Unsere Stärke liegt im Konsens, und genau dieses Modell muss sich in ganz Europa etablieren.

Die Zivilgesellschaft muss in die Lage versetzt werden, ihrer Rolle bei der Bekämpfung der Polarisierung in vollem Umfang gerecht zu werden. Zu diesem Zweck gilt es zu gewährleisten, dass sie Zugang zu Finanzmitteln hat und ohne Einflussnahme von außen agieren kann. Außerdem muss ein Umfeld gefördert werden, in dem ihr Beitrag zum demokratischen Leben anerkannt und geschätzt wird. Partizipative Mechanismen, sei es durch Bürgerkonsultationen, Basisinitiativen oder Instrumente der deliberativen Demokratie, müssen gestärkt werden, um sicherzustellen, dass

sich die Menschen in die Entscheidungsfindung einbezogen fühlen.

Die Zukunft Europas hängt davon ab, ob sich die Bürgerinnen und Bürger repräsentiert, beteiligt und gehört fühlen. Die Zivilgesellschaft ist kein schmückendes Beiwerk der Demokratie – sie ist ihr Rückgrat. In einer Zeit der Spaltung müssen wir ihr die Instrumente, die Anerkennung und den Raum bieten, die sie zur Wahrung unserer demokratischen Werte benötigt. Durch die Förderung des Dialogs und der sozialen Inklusion sowie durch die Bekämpfung des Extremismus kann die Zivilgesellschaft die treibende Kraft sein, um Polarisierung von einer Quelle des Konflikts zu einer Triebkraft für eine konstruktive Debatte und sozialen Fortschritt zu machen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Zukunft nicht durch Spaltung bestimmt wird. Wir brauchen ein Europa, in dem die Meinungsvielfalt unsere Geschlossenheit stärkt, in dem das Vertrauen durch Engagement wiederhergestellt wird und in dem die Zivilgesellschaft bei der Überwindung von trennenden Unterschieden eine Vorreiterrolle einnimmt.

Oliver Röpke

Präsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

3. April 2025

[Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität durch einen wirksamen sozialen Dialog im Westbalkan, Tirana \(Albanien\)](#)

10. April 2025

[Ein EU-Aktionsplan für seltene Krankheiten, Warschau \(Polen\)](#)

29./30. April 2025

EWSA-Plenartagung



ÜBERRASCHUNGSGAST

Unser Überraschungsgast ist der französische Journalist, Autor und Experte für Verteidigungs- und Außenpolitik, Nicolas Gros-Verheyde. Er erklärt uns die fünf Vorschläge des Plans „ReArm Europe“, den die Europäische Kommission unlängst vorgelegt hat, um die europäische Verteidigung zu stärken und so auf die zunehmenden Zweifel an der amerikanischen Bereitschaft zu reagieren, für Europas Sicherheit einzustehen.

Nicolas Gros-Verheyde ist seit 1989 journalistisch tätig. Er arbeitete für Ouest France, ARTE, LCI und France Culture als EU- und NATO-Korrespondent. In europäischen Kreisen ist er für seine profunden Kenntnisse europäischer Angelegenheiten sowie der Außen- und Verteidigungspolitik bekannt und geschätzt. Er ist Redaktionsleiter von B2, das 2008 gegründet wurde und als das führende und größte Portal für die Berichterstattung über europäische Verteidigung und Diplomatie gilt.

B2 wird von einem gemeinnützigen Verein als Journalistengenossenschaft betrieben und finanziert sich durch Abonnements. <https://club.bruxelles2.eu/de/>

Nicolas Gros-Verheyde ist Autor der Bücher „Défense européenne à l'heure de la guerre en Ukraine“, „La politique européenne de sécurité et de défense commune: Parce que l'Europe vaut bien une défense“ und „Europe de la défense“. Außerdem ist er als politischer Kommentator bei LN24, France-Info und RTBF tätig.



von Nicolas Gros-Verheyde

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Plan „ReArm Europe“ vorgelegt. Er wurde von den 27 Mitgliedstaaten auf einem Sondergipfel am 6. März gebilligt. Die fünf Kernvorschläge des Plans sind bemerkenswert, bedürfen jedoch weiterer Beratungen.

Der erste Vorschlag zielt darauf ab, den Stabilitäts- und Wachstumspakt flexibler zu gestalten.

Die Kommission schlägt vor, die Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu aktivieren, sodass die Mitgliedstaaten die Verteidigungsausgaben um 1,5 % des BIP erhöhen könnten, ohne ein Defizitverfahren zu riskieren. Was könnte das einbringen? „Etwa 650 Milliarden Euro über einen Zeitraum von vier Jahren. Europa muss seine Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen“, stellt Ursula von der Leyen fest.

Der zweite Vorschlag ist ein neues Darlehensinstrument für Verteidigungszwecke.

Dieses mit 150 Milliarden Euro ausgestattete Instrument würde mit Darlehen aus dem EU-Haushalt im Rahmen eines Systems finanziert, das der Makrofinanzhilfe ähnelt. Es soll in wichtigen Bereichen eingesetzt werden, die gravierende Schwachstellen aufweisen: Luft- und Raketenabwehr (die deutsche *European Sky Shield Initiative*), Artillerie, Raketen und Munition, Drohnen und Drohnenabwehr, strategische Grundvoraussetzungen, Schutz kritischer Infrastrukturen (auch im Weltraum), militärische Mobilität, Cyber-, KI- und elektronische Kampfführung.

Um das Verfahren zu beschleunigen, schlägt die Kommission die Anwendung von Artikel 122 des Vertrags vor, demzufolge in Ausnahmefällen lediglich die Zustimmung der Mitgliedstaaten im Rat der EU erforderlich ist und das Europäische Parlament nur informiert wird. Diese Umgehung des demokratischen Prozesses könnte angefochten werden. Der Plan zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit wurde auf dem Gipfel von Versailles im März 2022 gebilligt – seitdem sind drei Jahre vergangen und es kann wohl kaum von einer „dringlichen“ Initiative die Rede sein.

Der dritte Vorschlag sieht vor, regionalpolitische Mittel heranzuziehen.

Kurzfristig könnte die EU der Kommission zufolge den europäischen Haushalt besser nutzen, indem sie die Mittel bestimmter Haushaltslinien umschichtet. Die Kommission schlägt vor, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, kohäsionspolitische Programme zu nutzen, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, und will freiwillige Übertragungen auf andere EU-Fonds zu Verteidigungszwecken erleichtern.

Dies kommt einer erheblichen Kürzung des aktuellen mehrjährigen Haushaltsplans (2021-2027) gleich. Es werden Zweifel laut, ob der soziale oder regionale Zusammenhalt der Verteidigung geopfert werden soll. Darüber muss gesprochen werden.

Parallel dazu könnte die STEP-Plattform stärker für strategische Technologien mobilisiert werden, indem sie auf alle Wehrtechnikategorien ausgedehnt wird. Eine weitere Möglichkeit ist nach Ansicht der Kommission die Lockerung bestehender Beschränkungen, darunter z. B. Wettbewerbsbestimmungen oder Vorfinanzierungs- und Kofinanzierungsregeln.

Der vierte Vorschlag betrifft EIB-Darlehen.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und ihre Anteilseigner (die Mitgliedstaaten) haben sich wiederholt gegen jedwede Kreditvergabe zu ausschließlich militärischen Zwecken ausgesprochen und ziehen duale Verwendungszwecke vor. Die Kommission wünscht daher eine geänderte Politik der EIB.

Der fünfte Vorschlag ist die Mobilisierung von Privatkapital.

Rüstungsunternehmen sollen auf diese Weise bestmöglichen Zugang zu Kapital und Finanzmitteln bekommen, was ein stetiges Problem der Branche ist. Diese Idee sollte in die Mitteilung über eine Spar- und Investitionsunion aufgenommen werden.



ZUR SACHE

EWSA-Mitglied Marcin Nowacki hat als Berichterstatter für die Stellungnahme [Finanzierung der Verteidigung in der EU](#) die Empfehlungen des EWSA zur Stärkung der Sicherheit in der EU herausgearbeitet. Angesichts zunehmender Sicherheitsbedrohungen und Verschiebungen in den bisherigen Allianzen fordert der EWSA einen einheitlichen und belastbaren

Verteidigungsmechanismus der EU. Europa kann sich nicht mehr so stark wie bisher darauf verlassen, dass es seine Waffen außerhalb der EU beziehen kann. Es geht aber um mehr als nur eine Erhöhung der Ausgaben, nämlich darum, die vorhandenen Mittel sinnvoll und effizient einzusetzen.



EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG: MITTEL KLUG UND EFFIZIENT EINSETZEN

Von Marcin Nowacki

Angesichts der sich rasch verändernden geopolitischen Lage in Europa stellt sich eine zentrale Frage: Wie kann die Europäische Union ihre Sicherheit in einer zunehmend unsicheren Welt gewährleisten? Mit der Stellungnahme [Finanzierung der Verteidigung in der EU](#) legt der EWSA einen detaillierten Plan zur Stärkung der Sicherheit der EU und zur Vorbereitung auf aktuelle und künftige Herausforderungen vor.

Die Stellungnahme erscheint in einer Zeit, in der die Sicherheitsbedrohungen immer größer werden. Zentrales Anliegen des EWSA ist die Forderung nach einem einheitlichen und belastbaren Finanzierungsmechanismus für die EU-Verteidigung. Die derzeitigen

Strukturen zur Finanzierung sind unzureichend und müssen geändert werden. Ohne einen besser koordinierten Ansatz bei der Finanzierung der Verteidigung läuft die EU Gefahr, beim Schutz ihrer Interessen ins Hintertreffen zu geraten. In der Stellungnahme wird unter anderem unter Bezugnahme auf den Bericht der Kommission [The future of European competitiveness](#) darauf hingewiesen, dass es bedenklich ist, dass 78 % der 75 Milliarden Euro, die die EU-Länder für die Beschaffung von Verteidigungsgütern ausgaben, an Lieferanten aus Drittstaaten gingen. Diese ständig zunehmende Abhängigkeit von externen Anbietern darf nicht einfach ignoriert werden.

Es geht jedoch um mehr als nur eine Erhöhung der Ausgaben, nämlich darum, die vorhandenen Mittel sinnvoll und effizient einzusetzen. Der EWSA empfiehlt eine bessere Abstimmung zwischen der EU und der NATO, eine Aufstockung der Mittel für Initiativen wie den Europäischen Verteidigungsfonds (EEF) und die Europäische Friedensfazilität (EFF) und gemeinsame Beschaffungen, um Ressourcen zu bündeln und Kosten zu senken. Darüber hinaus spricht sich der EWSA dafür aus, dass die europäischen Mitglieder der NATO mindestens 2,5 % ihres BIP für die Verteidigung bereitstellen – ein Schritt, der die Reaktion Europas auf die aktuellen geopolitischen Bedrohungen stärken würde. Mit diesem höheren Ausgabenziel wird sichergestellt, dass die europäischen NATO-Staaten wirksamer zur gemeinsamen Sicherheit beitragen und gleichzeitig die volle Souveränität über ihre Streitkräfte behalten.

Darüber hinaus sind Initiativen wie die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) und das Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) zentrale Punkte für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der EU. Diese Maßnahmen ermöglichen Europa die wirksame Bündelung seiner Ressourcen und die Sicherstellung sowohl der militärischen als auch der zivilen Bereitschaft.

Technologische Fortschritte, u. a. künstliche Intelligenz, Drohnen und Cybersicherheit, werden für die nationale Sicherheit immer wichtiger. Der EWSA betont, wie wichtig Investitionen in diese Bereiche sind. Nur so kann man neuen Bedrohungen einen Schritt voraus sein. Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ist der Schlüssel zur Förderung von Innovationen, insbesondere in den Bereichen

KI, Drohnen und Cybersicherheitssysteme.

In der Stellungnahme wird für die Verteidigungsindustrie darüber hinaus ein widerstandsfähiges europäisches Ökosystem im Sinne einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, KMU und Regierungen gefordert. Innovationsförderung und die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Europas verringern die Abhängigkeit von externen Lieferanten und sorgen für eine größere Autarkie der Verteidigungsindustrie.

Außerdem sollten wir die regionalen Initiativen in der EU nicht aus den Augen verlieren. Die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit trägt dazu bei, die Verteidigungsstrategien auf die jeweiligen sicherheitspolitischen Herausforderungen der einzelnen Mitgliedstaaten abzustimmen. Mit diesem Ansatz wird sichergestellt, dass innerhalb des allgemeinen EU-Rahmens regionale Belange angemessen berücksichtigt werden.

Bei der Stärkung der Verteidigung der EU geht es nicht nur um die Sicherheit der Union, sondern auch um die Wahrung ihrer Werte. Wir sind der festen Überzeugung, dass die EU mit dem in unserer Stellungnahme dargelegten Fahrplan den Weg in eine sichere Zukunft ebnen und ihre friedenspolitischen und wirtschaftlichen Interessen wahren kann.



EINE FRAGE AN ...

Javier Garat Pérez ist Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme „Empfehlungen der Zivilgesellschaft für einen Europäischen Pakt für die Meere“. Wir haben ihn nach den wichtigsten Vorschlägen des EWSA zu dieser Initiative der Europäischen Kommission gefragt, mit der eine umfassende Vision für die gesamte Meerespolitik geschaffen werden soll. Welche konkreten Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Meere vor Zerstörung und Verschmutzung zu schützen und ihre biologische Vielfalt zu erhalten? Was sind die größten Bedrohungen für die Meere und welche Lösungen schlägt der Ausschuss vor?



DIE VISION DES EWSA FÜR DEN EUROPÄISCHEN PAKT FÜR DIE MEERE – EIN KONZEPT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, WIDERSTANDSFÄHIGKEIT UND WOHLSTAND

von Javier **GARAT PÉREZ**

Als Reaktion auf die Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Europäischen Pakt für die Meere hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wichtige Empfehlungen zur Förderung eines ausgewogenen Gesamtkonzepts für die Meerespolitik vorgelegt. Darin liegt der Schwerpunkt auf gesunden und produktiven Meeren, der Förderung der blauen Wirtschaft in der EU, der Stärkung der meereswissenschaftlichen Forschung und Innovation sowie darauf, die Meeresökosysteme für künftige Generationen zu erhalten.

Das Potenzial der blauen Wirtschaft

Der EWSA unterstreicht, wie wichtig der Aufbau einer widerstandsfähigen und wettbewerbsfähigen blauen Wirtschaft ist. Voraussetzung dafür sind ein vereinfachter Rechtsrahmen, strategische Autonomie, die Förderung von Innovationen sowie Fortschritte bei der Dekarbonisierung.

Zur Absicherung einer gedeihlichen Zukunft der maritimen Industrie plädiert der EWSA dafür, dringend in E-Fuels, erneuerbare Offshore-Energien und innovative Meerestechnologien zu investieren. Darüber hinaus wird die Schaffung eines starken maritimen Clusters mit klaren Nachhaltigkeitszielen dazu beitragen, dass Europa seine Führungsrolle in der maritimen Industrie behält. Es ist daher unerlässlich, eine „Industrieallianz für die Wertschöpfungsketten der blauen Wirtschaft“ zu schaffen und die EU-Strategie für maritime Sicherheit zu stärken.

Darüber hinaus empfiehlt der EWSA, bestehende Politikbereiche, wie die Gemeinsame Fischereipolitik, einer Bewertung zu unterziehen. Die nachhaltige Fischerei sollte kontinuierlich gefördert und die Abhängigkeit von Meerereszeugnissen verringert werden. Für Importe sollten dieselben Sozial- und Umweltstandards gelten wie innerhalb der EU. Der EWSA fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bis 2026 einen EU-Aktionsplan für „blaue Lebensmittel“ auszuarbeiten.

Wissen, Forschung und Innovation im Bereich der Meere

Der EWSA drängt auf eine Aufstockung der Mittel für die meereswissenschaftliche Forschung und Innovation, eine engere internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und bessere Technologie im maritimen Sektor. Um dies zu erreichen, schlagen wir vor, Zentren für die blaue Wirtschaft einzurichten und eine europäische Beobachtungsstelle für die Meere ins Leben zu rufen.

Investitionen und Mittel für nachhaltige Meere

Der EWSA betont, dass erhebliche öffentliche und private Mittel zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 14 (Leben unter Wasser) mobilisiert werden müssen. Zu diesem Zweck sollten in EU-Fonds wie Horizon Europe eigene Haushaltslinien für meeresbezogene Projekte eingerichtet werden. Auch der Europäische Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) sollte eine stärkere Finanzausstattung erhalten, um die

Wettbewerbsfähigkeit und die Dekarbonisierung dieser Sektoren zu fördern.

Ein sozialverträglicher und gerechter Übergang

Voraussetzung für eine widerstandsfähige Meereswirtschaft ist eine faire Behandlung der Beschäftigten im maritimen Sektor. Der EWSA empfiehlt Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels, zur Unterstützung des Generationenwechsels und zur Bereitstellung von Möglichkeiten zur beruflichen Umschulung. Es sollten umfassende soziale Unterstützungssysteme zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingerichtet werden. Dies ist insbesondere für Menschen wichtig, die nicht in der Lage sind, im Zuge des technologischen Wandels neue Aufgaben zu übernehmen.

Gesunde und widerstandsfähige Meere

Unsere Meere sind durch Klimawandel, Umweltverschmutzung, Plastikmüll und andere vom Menschen verursachte Einflüsse stark belastet. Wir fordern daher verstärkte Anstrengungen zur Wiederherstellung und zum Schutz der Meere sowie deren langfristige Erhaltung im Einklang mit den internationalen Biodiversitätsverpflichtungen. Das Erreichen eines guten Umweltzustands ist auch für die wirtschaftliche Stabilität und die Klimaresilienz von entscheidender Bedeutung. Außerdem sollten wir dringend in grüne Infrastruktur, die Verringerung der Umweltverschmutzung und einen Europäischen Plan zur Anpassung an den Klimawandel investieren und gleichzeitig die Führungsrolle der EU bei der globalen Meerespolitik stärken.

Ein umfassender Rahmen für die Meerespolitik

Der EWSA fordert die regionale Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften zur Abstimmung politischer Maßnahmen. Nur so kann es gelingen, den wirtschaftlichen Wohlstand innerhalb der Grenzen unseres Planeten zu fördern. Darüber hinaus drängt er auf bessere internationale Abkommen, eine verstärkte EU-Meeresdiplomatie und spezielle Arbeitsgruppen für maritime Angelegenheiten innerhalb der EU-Institutionen.

Schließlich empfiehlt der EWSA auch eine Verbesserung der maritimen Raumplanung, um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu gewährleisten, etwa zwischen dem Ausbau der Offshore-Energiegewinnung und der Fischerei und der Aquakultur. Ziel ist es, Koexistenz und Nachhaltigkeit der Nutzungen zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass die traditionellen Fischergemeinden erhalten bleiben und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

EWSA



Zivilgesellschaft unter Beschuss: die EU muss handeln

Die Organisationen der Zivilgesellschaft geraten in Europa und Amerika zunehmend unter Beschuss. Die EU muss ihnen umgehend zu Hilfe kommen und die Demokratie verteidigen. Die Botschaft der Debatte im Rahmen der Plenartagung des EWSA anlässlich des Welttags der Nichtregierungsorganisationen ist eindeutig: Die Organisationen der Zivilgesellschaft stehen an vorderster Front, wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht. Angesichts existenzbedrohender Mittelkürzungen ist unverzügliches Handeln der EU gefragt, um sie zu schützen und zu unterstützen.

Am 27. Februar veranstaltete der EWSA eine Debatte zum Thema „Die EU und die Zivilgesellschaft: Stärkung der Demokratie und der Teilhabe“, in deren Rahmen Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher

Organisationen sowie Fachleute und Mitglieder des Europäischen Parlaments die Bedeutung der Organisationen der Zivilgesellschaft für unsere Demokratien erörterten.

Die Europaabgeordnete **Raquel García Hermida-Van Der Walle** (NL/Renew Europe) wies auf die wichtige Kontrollfunktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Gesellschaft hin. Gleichzeitig bieten sie verschiedene Möglichkeiten für soziale Interaktion an und springen so eventuell für den Staat ein, wo dieser solche Aufgaben nicht übernimmt. Zivilgesellschaftliche Organisationen können aber auch politisch unbequem sein und geraten daher als erste ins Visier mancher Regierungen.

Nicholas Aiossa, Direktor von Transparency International Europe, sagte: „Wir beobachten derzeit, dass im Europäischen Parlament eine gezielte Kampagne läuft, die darauf abzielt, die Rolle und Funktion der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Misskredit zu bringen, ihre Arbeit zu stören und ihnen Mittel zu entziehen. Es wurden keine Hinweise auf finanzielle Unregelmäßigkeiten gefunden.“

Im Januar brachte die Europäische Volkspartei (EVP), eine Mitte-Rechts-Fraktion im Europäischen Parlament, Beschuldigungen gegen Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Umwelt- und Klimaschutz vor. Die EVP behauptete, die NRO würden von der Europäischen Kommission finanziert, um Lobbyarbeit im Europäischen Parlament sowie gegenüber anderen EU-Institutionen und MdEP zu betreiben. Der Vorwurf löste Empörung unter den europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus.

Kritik an zivilgesellschaftlichen Organisationen ist nicht neu, aber die jüngsten Angriffe wurden durch Fake News und Desinformation noch verstärkt. Laut der Ko-Vorsitzenden der EWSA-Kontaktgruppe **Brikena Xhomaqi** ist die Situation ein Warnruf für alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, sich zusammenzutun und gemeinsam einen Wandel anzustoßen. „Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen werden von ehrenamtlichem Engagement getragen. Wir verschwenden also keine Steuergelder.“

Die Teilnehmenden forderten auch die Europäische Kommission auf, sich bei diesem Thema stärker einzubringen, und schlugen Lösungen vor, um die zivilgesellschaftlichen Organisationen zu stärken.

Raquel García Hermida-Van Der Walle erklärte, sie werde sich dafür einsetzen, dass die wichtige Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und im Konditionalitätsmechanismus stärker anerkannt wird.

Der Europaabgeordnete **Michał Wawrykiewicz** (PL/EVP) erklärte, dass er es sich zum Ziel gesetzt habe, in seiner Fraktion auf diese grundlegenden Themen aufmerksam zu machen. Außerdem müssten die Entscheidungsträger besser darüber informiert werden, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und NRO vor Ort wichtige Dienstleistungen erbringen, die das Leben der Menschen direkt beeinflussen.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** schloss sich den Ausführungen der Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen an und erklärte: „Wir müssen jedem Versuch entgegenwirken, diesen Organisationen ihre Legitimität abzuspochen oder ihren Zugang zu den Mitteln einzuschränken, die für die demokratische Teilhabe unerlässlich sind. Organisationen der Zivilgesellschaft sind in Finanznot und stehen zunehmend unter politischem Druck. Sie benötigen ganz klar eine stärkere und besser planbare Unterstützung, um ihre wichtige Arbeit fortsetzen zu können.“ (at)



Eine Zivilgesellschaft, die allen Herausforderungen gewachsen ist

Vom 17.-20. März 2025 fand die Woche der Zivilgesellschaft statt. Mehr als 800 Teilnehmende von Organisationen der Zivilgesellschaft und Interessengruppen aus ganz Europa - darunter Jugendorganisationen und NRO - sowie zahlreiche Pressevertreter strömten in den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Themen der Eröffnungssitzung waren der Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums durch rechtliche Maßnahmen und die Schlüsselrolle der Zivilgesellschaft, wenn es darum geht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, Brücken zu bauen, die soziale Resilienz zu stärken und denjenigen eine Stimme zu geben, die allzu oft nicht gehört werden.

Dieses Jahr stand die Woche der Zivilgesellschaft unter dem Motto [Stärkung des Zusammenhalts und der Beteiligung in polarisierten Gesellschaften](#). Rund um dieses Motto wurden [Podiumsdiskussionen der EWSA-Kontaktgruppe](#) veranstaltet, am 18. März wurde der [Tag der Europäischen Bürgerinitiative](#) gefeiert, und es ging um den [Preis der Zivilgesellschaft](#). Gemeinsam wurde daran gearbeitet,

- der zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken, die in den letzten Jahren durch die Finanzkrise, den Klimawandel und die wachsende Einkommensungleichheit verschärft worden ist,
- die wichtige Rolle hervorzuheben, die die Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang spielen kann, und
- Lösungsvorschläge der Zivilgesellschaft und ihre Forderungen an die politischen Entscheidungsträger in der EU zu sammeln, um durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Teilhabe in Schlüsselbereichen der Gesellschaft die Polarisierung Europas zu bekämpfen.

In seiner Eröffnungsrede betonte EWSA-Präsident **Oliver Röpke**: „Die Zivilgesellschaft muss sich der Herausforderung stellen. Beteiligung, Dialog und Solidarität sind nicht nur Ideale – sie sind das Fundament eines widerstandsfähigen und geeinten Europas. Hier im Rahmen der Woche der Zivilgesellschaft wollen wir unser Engagement für Integration und aktive Bürgerschaft bekräftigen. Eine starke Demokratie beruht nicht nur auf ihren Institutionen, sondern auch auf dem Engagement aller Bürgerinnen und Bürger.“

Albena Azmanova, Professorin für Politik- und Sozialwissenschaften an der City Saint George’s, University of London, sprach in ihrer Keynote über die wachsende wirtschaftliche Unsicherheit, mit der die Mehrheit der Menschen konfrontiert ist – die sogenannte „Epidemie der Prekarität“. In Zeiten massiver Unsicherheiten liege der Schlüssel zu einem Durchbruch in den Händen der Zivilgesellschaft.

„Die meisten Menschen sind aufgrund der enormen wirtschaftlichen Unsicherheit zu erschöpft, um sich zur Wehr zu setzen. Aber die Zivilgesellschaft hat dazu noch die Kraft. Die Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft werden davon angetrieben, gegen bestimmte Missstände vorzugehen. Sie sind die sichtbaren Arme und Beine der Demokratie“, sagte sie.

Und **Younous Omarjee**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, erklärte: „Die Zivilgesellschaft schafft in Zeiten des zunehmenden Individualismus ein Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Gesellschaft und dient als Bollwerk gegen den sich ausbreitenden Rechtsextremismus.“

Adriana Porowska, Ministerin für die Zivilgesellschaft, sprach als Vertreterin des polnischen EU-Ratsvorsitzes über die entscheidende Rolle der NRO für die soziale Resilienz und über ihre Bedeutung für sozial schwächere Gruppen und Menschen in abgelegenen Gegenden. Sie berichtete, wie die Zivilgesellschaft in Polen die Widerstandsfähigkeit des Landes stärkt.

Brikena Xhomaqi, Ko-Vorsitzende der EWSA-Kontaktgruppe „Europäische Organisationen und Netze der Zivilgesellschaft“, betonte, dass das stolze Motto der EU „In Vielfalt geeint“ nur von den Menschen an der Basis umgesetzt werden kann. Gleichzeitig stehen die Organisationen der Zivilgesellschaft und die NRO aber mehr und mehr unter Beschuss, ihre Finanzierung und ihre Rolle werden in Frage gestellt. „Ohne die entsprechenden Ressourcen können die Organisationen der Zivilgesellschaft ihrer Aufgabe nicht nachkommen. Unsere Institutionen müssen unsere Zivilgesellschaft schützen. Wir brauchen einen rechtlichen Schutz für zivilgesellschaftliche Organisationen, denn sie sind es, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen und uns in Vielfalt einen.“



15. EWSA-Preis der Zivilgesellschaft „Engagement gegen die gefährliche Polarisierung“ geht an slowakisches Diskussionsforum

Mit seinem Preis der Zivilgesellschaft würdigt der EWSA den wichtigen Beitrag der Zivilgesellschaft zur Wahrung und Stärkung der europäischen Identität und der Unionsbürgerschaft. Der Preis ist jedes Jahr einem anderen Thema gewidmet, das gesellschaftlich hochaktuell ist und im Zusammenhang mit der Arbeit des EWSA steht.

Am 20. März zeichnete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) drei Organisationen der Zivilgesellschaft aus der Slowakei, Belgien und Frankreich für ihre bahnbrechenden Projekte aus, mit denen sie gegen die zunehmende gefährliche Polarisierung in der Europäischen Union angehen.

Das Preisgeld in Höhe von 32 000 EUR wurde unter den drei Bestplatzierten aufgeteilt.

Den mit 14 000 EUR dotierten **Hauptpreis** verlieh der EWSA dem slowakischen Diskussionsforum „Slovenská debatná asociácia“ für seine [Olympiade des kritischen Denkens](#), eine wegweisende Initiative zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit slowakischer Jugendlicher gegenüber Fehlinformationen. Dieses Projekt umfasst einen Schulwettbewerb für drei Altersgruppen, bei dem sich die Schülerinnen und Schüler mit realen Herausforderungen der Medien auseinandersetzen und bewerten, ob Inhalte vertrauenswürdig sind.

Für die Plätze 2 und 3 gab es jeweils 9 000 EUR.

Den **zweiten Platz** belegten die französischen [Reporters d'Espoirs](#) mit ihrem *Prix Européen Jeunes Reporters d'Espoirs*, einem französischsprachigen Ausbildungsprogramm für lösungsorientierten Journalismus.

Der **dritte Preis** ging an den belgischen Verein [FEC Diversité](#) für sein immersives „ESCAPE GAME EXTREME DROITE pour se désintoxiquer“, bei dem rechtsextreme Ideologien entlarvt werden.

Über den 15. EWSA-Preis der Zivilgesellschaft

Mit dem 15. EWSA-Preis der Zivilgesellschaft wurden gemeinnützige Projekte von Einzelpersonen, Privatunternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft ausgezeichnet, die sich gegen die gefährliche Polarisierung in der Europäischen Union richten.

In den letzten Jahren wurde Europa von zahlreichen Krisen heimgesucht, vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine über steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten bis hin zu den anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie. Solche Krisen können das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen untergraben und zu einer gefährlichen Polarisierung in der gesamten Gesellschaft führen.

Polarisierung kann zwar zu einer offenen, pluralistischen Gesellschaft dazugehören, der zunehmende Populismus und die negative Polarisierung stellen jedoch eine große Herausforderung für die europäischen Demokratien dar. Europa sieht sich auch mit einer immer größeren Fragmentierung der traditionellen Medienlandschaft, zunehmenden Fehlinformationen und Angriffen auf die Medienfreiheit konfrontiert, die allesamt eine weitere Bedrohung für die demokratischen Werte darstellen.

Die diesjährigen Preisträger gingen aus mehr als 50 Beiträgen aus 15 Mitgliedstaaten hervor. Die ausgezeichneten Projekte wurden aufgrund der außergewöhnlichen Kreativität, des Enthusiasmus und des Engagements bei der Bekämpfung der gefährlichen Polarisierung in der europäischen Gesellschaft ausgewählt.

Der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA, **Aurel Laurențiu Plosceanu**, erklärte: „Die organisierte Zivilgesellschaft spielt eine überaus wichtige Rolle beim Schutz der europäischen Demokratie, was durch die diesjährigen bemerkenswerten und weitreichenden Projekte erneut bewiesen wurde.“



Drei Jahre russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine: Geopolitische Zukunft der EU

Anlässlich des dritten Jahrestages des brutalen und grundlosen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine - ein Angriff nicht nur auf ein souveränes Land, sondern auch auf die Grundwerte der Demokratie, die Menschenwürde und die regelbasierte internationale Ordnung - bekundete EWSA-Präsident Oliver Röpkke auf der EWSA-Plenartagung im Februar die Solidarität des Ausschusses mit dem ukrainischen Volk.

Seit dem ersten Kriegstag stehen wir an der Seite der Ukraine – nicht nur symbolisch, sondern auch mit konkreten Maßnahmen. Heute bekräftigen wir unser unerschütterliches Engagement für die Souveränität, die Demokratie und die europäische Zukunft der Ukraine. Wir rufen die EU auf, ihre politische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Unterstützung fortzusetzen und zu intensivieren.

Das ukrainische Volk hat bei der Verteidigung seines Landes und der Prinzipien, die uns als Europäerinnen und Europäer verbinden, außerordentlichen Mut und Standhaftigkeit bewiesen. Der EWSA, seine Mitglieder und die von ihm vertretene europäische Zivilgesellschaft stehen seit dem ersten Tag des Krieges nicht nur symbolisch, sondern auch mit konkreten Maßnahmen an der Seite der Ukraine.

In dieser Zeit zunehmender geopolitischer Ungewissheit sind die in der jüngsten Vergangenheit von der US-Administration verlautbarten Äußerungen, mit denen das Verteidigungsbündnis der NATO in Frage gestellt wird, äußerst beunruhigend. Europa kann sich nun nicht einfach zurücklehnen.

Die Ukraine kämpft nicht nur um ihr Überleben, sondern auch für die Sicherheit des gesamten europäischen Kontinents.

Der EWSA fordert die Staats- und Regierungschefs der EU auf, jetzt die europäischen Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten zu stärken, die strategische Autonomie neu zu definieren, den Multilateralismus zu verteidigen und die Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen zu vertiefen und gleichzeitig stärkere globale Partnerschaften mit demokratischen Verbündeten außerhalb Europas zu schmieden.

Europa muss jetzt handeln.

Untätigkeit ist keine Option. Ein zögerliches Handeln spielt Autokraten und Aggressoren in die Hände.

Die demokratischen Staaten müssen geeint und entschlossen auftreten.

Der EWSA fordert die EU auf, ihre strategische Autonomie zu stärken, die Demokratie und die Grundrechte zu verteidigen und entschlossen an der Seite der Ukraine zu stehen. Die Zeit für ein strategisches geopolitisches Handeln der EU ist gekommen.

Den vollständigen Text der Erklärung können Sie [hier lesen](#). (at)



Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft: die europäische Sicherheit stärken und die Einheit Europas wahren

Hauptanliegen des amtierenden polnischen EU-Ratsvorsitzes sind die Einheit Europas, Fortschritte und schnelle Entscheidungen

Auf der Februar-Plenartagung erörterten die EWSA-Mitglieder in einer Debatte mit der polnischen Unterstaatssekretärin für Angelegenheiten der Europäischen Union **Magdalena Sobkowiak-Czarnecka** die Prioritäten des polnischen EU-Ratsvorsitzes.

In Bezug auf die äußere Sicherheit der EU und insbesondere auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hob Frau Sobkowiak-Czarnecka hervor, dass es Ziel des polnischen Ratsvorsitzes ist, die Hilfe für die Ukraine aufrechtzuerhalten und die Einheit innerhalb der EU zu wahren. Das 16. Paket von Sanktionen gegen Russland bezeichnete sie

als einen der ersten Erfolge des polnischen Ratsvorsitzes.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** betonte, dass Polen den rotierenden EU-Ratsvorsitz in einer von geopolitischen Spannungen und Energiekrisen geprägten Zeit großer Herausforderungen übernommen hat:

„In der heutigen Debatte hat sich erneut gezeigt, wie wichtig Stabilität, Resilienz und Einheit für die Gestaltung der Zukunft der EU sind. Die Prioritäten des polnischen Ratsvorsitzes stimmen eng mit unseren

gemeinsamen Bestrebungen überein, insbesondere mit der Stärkung eines multidimensionalen Sicherheitsansatzes. In einer Zeit globaler Unsicherheit bleibt unser Engagement für entschlossenes und kooperatives Handeln unerschütterlich.“

Unter dem Motto „Sicherheit, Europa!“ befasst sich die polnische EU-Ratspräsidentschaft mit sieben sicherheitspolitischen Dimensionen: der äußeren, inneren, wirtschaftlichen, Lebensmittel-, Energie-, Gesundheits- und Informationssicherheit.

In den letzten Monaten war die [Zusammenarbeit zwischen dem EWSA und dem polnischen Ratsvorsitz](#) eng und produktiv. So hat der EWSA 15 [Sondierungsstellungen](#) erarbeitet, die bereits verabschiedet wurden oder in Kürze verabschiedet werden. (mp)



Copyright: NATO

Europäische Verteidigung: Mutige Investitionen und Zusammenarbeit mit der NATO

Angesichts der wachsenden Sicherheitsbedrohungen braucht Europa dringend eine einheitliche Strategie zur Finanzierung der Verteidigung. Auf Ersuchen des künftigen polnischen Ratsvorsitzes der EU hat der EWSA eine Stellungnahme verabschiedet, in der er zu entschiedenen Maßnahmen aufruft: mehr Investitionen in moderne Systeme, eine vertiefte Zusammenarbeit mit der NATO und eine Aufstockung der Mittel im Finanzrahmen der EU.

Die Bedrohung der Sicherheit Europas nimmt zu. Dadurch wird die Abhängigkeit von Verteidigungsgütern aus Drittländern immer problematischer: 78 % der 75 Milliarden Euro, die die EU-Länder in einem Jahr für die Beschaffung von Verteidigungsgütern ausgegeben haben, gingen an Lieferanten außerhalb der EU. Um diese Abhängigkeit zu verringern, ist die Stärkung der technologischen und industriellen Basis

der europäischen Verteidigung (EDTIB) von entscheidender Bedeutung.

„Die Mechanismen zur Finanzierung der Verteidigung der EU müssen angesichts der aktuellen Herausforderungen umgestaltet werden“, so **Marcin Nowacki**, Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme zum Thema [Finanzierung der Verteidigung in der EU](#). „Die bestehenden Haushaltsvorschriften begrenzen die Mittelverwendung für Militärausgaben. Auch wenn Initiativen wie der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) und die Europäische Friedensfazilität (EFF) Schritte in die richtige Richtung sind, reichen sie angesichts des aktuellen Ausmaßes der Bedrohung nicht aus.“

Interoperabilität und eine einheitliche Strategie machen eine Zusammenarbeit im Rahmen der NATO zwingend erforderlich. Eine gemeinsame Beschaffung, Partnerschaften im Bereich Cyber- und Weltraumsicherheit und das Satellitenprojekt IRIS² dienen der Erhöhung der Resilienz. Die Finanzierung der Verteidigung muss mit den allgemeinen Prioritäten der EU in Einklang gebracht werden, ohne soziale und ökologische Ziele zu gefährden. Strategische Investitionen, Innovation und langfristige Planung sind der



EWSA lässt Worten Taten folgen und setzt Prioritäten zur Bekämpfung des Geschlechtergefälles und der Gewalt gegen Frauen

Am hochrangigen Forum des EWSA zum Thema Frauenrechte nahmen führende Persönlichkeiten teil, um die diesbezüglich drängenden Fragen zu erörtern und die Hauptprioritäten im Vorfeld der bevorstehenden Tagung der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau festzulegen.

Die Botschaft des hochrangigen EWSA-Forum für Frauenrechte ist eindeutig: Es wurden Fortschritte erzielt, aber diese reichen nicht aus. So hat die EU zwar Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen ergriffen, doch strukturelle Formen von Ungleichheit, Geschlechterstereotype und Rückschritte bei den Frauenrechten bleiben eine Bedrohung für die hart erkämpften Errungenschaften in Europa.

Solange die strukturellen Hindernisse nicht abgebaut werden, können Frauen nicht vollumfänglich an der Gesellschaft teilhaben.

An dem hochrangigen Forum, das am 26. Februar im Rahmen der EWSA-Plenartagung stattfand, nahmen die Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe „Gleichstellung“ des EWSA **Sif Holst**, EWSA-Präsident **Oliver Röpke**, die Kommissarin für Gleichberechtigung sowie Krisenvorsorge und -management **Hadja Lahbib**, die Direktorin des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen **Carlien Scheele**, die Direktorin des Brüsseler Büros von UN Women **Florence Raes**, die Vertreterin des türkischen Unternehmerinnenverbandes KAGIDER bei der EU **Ayşe Yürekli**, die Generalsekretärin der Europäischen Frauenlobby **Mary Collins** sowie **Cianán Russell**, Referent bei ILGA-Europe, teil.

Dabei wurden in zwei dynamischen Diskussionsrunden dringliche Gleichstellungsfragen erörtert, die auch Gegenstand von auf der Plenartagung verabschiedeten EWSA-Stellungnahmen waren. Das Forum bot Fachleuten, Interessenvertreterinnen und -vertretern sowie politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen Gelegenheit, sich auszutauschen, Lösungsansätze vorzuschlagen und ihr Engagement für die Förderung der Frauenrechte in Europa und darüber hinaus zu bekräftigen.

Die erste Podiumsdiskussion war der bevorstehenden 69. Tagung der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau (UNCSW69) gewidmet, die zweite Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Menschenrechtsfrage. Im Anschluss an das Forum wurden auf der Plenartagung zwei Stellungnahmen zu eben diesen Themen verabschiedet: [Beitrag des EWSA zu den Prioritäten der EU auf der UNCSW69](#) und [Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsfrage](#). (Im)



EWSA und ECOSOCC der Afrikanischen Union bekräftigen ihr Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter auf der CSW69 der UN

Anlässlich der 69. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (CSW69) in New York bekräftigten der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrat der Afrikanischen Union (ECOSOCC der AU) ihr unermüdliches Engagement für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau.

Zum 30-jährigen Jubiläum der Erklärung und der Aktionsplattform von Peking würdigen der EWSA und der ECOSOCC der AU sowohl die erzielten Fortschritte als auch die anhaltenden Herausforderungen, die einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter noch im Wege stehen.

In ihrer zweiten [gemeinsamen Erklärung](#) werden die wichtigsten Prioritäten hervorgehoben, darunter die Stärkung der Führungsrolle von Frauen durch Geschlechterquoten, die Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt durch internationale Übereinkommen, die Überwindung der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern und die Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen.

Gefordert werden stärkere Maßnahmen in Bezug auf unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit, die Einbeziehung von Frauen in Friedensbemühungen und eine datengestützte Politikgestaltung. In der Erklärung wird insbesondere auch auf die globale Zusammenarbeit zum Abbau systemischer Ungleichheiten und zur Wahrung der Rechte der Frauen eingegangen. Der EWSA fordert die EU seinerseits auf, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, Geschlechterparität zu gewährleisten und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Gleichstellung zu verteidigen.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** erklärte: „30 Jahre nach der Erklärung von Peking müssen wir den Worten Taten folgen lassen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht, und ihre Verwirklichung ist für nachhaltige und integrative Gesellschaften von entscheidender Bedeutung. Der EWSA ist fest entschlossen, Barrieren zu beseitigen, die uneingeschränkte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen zu gewährleisten und ihre wirtschaftliche Teilhabe zu fördern. Jetzt ist es an der Zeit, dass Regierungen, Institutionen und die Zivilgesellschaft entschlossen handeln – ohne Rechenschaftspflicht gibt es auch keine Gleichstellung.“

Die UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau ist das wichtigste internationale und zwischenstaatliche Gremium, das sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzt. Dies war das zweite Mal, dass der EWSA an der größten jährlichen Tagung der UN zur Stärkung der Rolle der Frau teilnahm. (tk)



Die EU braucht dringend eine Industriestrategie

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert eine solide Industriestrategie für die EU. Sie könnte für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze sorgen, sollte dabei allerdings dem Grünen Deal folgen. Um erfolgreich zu sein, muss diese Strategie genau überwacht und an neue Herausforderungen angepasst werden.

„Europa droht die Deindustrialisierung. Deshalb müssen Industrie und Klimaschutz Hand in Hand gehen“, fordert **Andrea Mone**, Berichterstatter für die auf der Februar-Plenartagung des EWSA verabschiedete Stellungnahme [„Die Zukunft der Industrie in der Europäischen Union vor dem Hintergrund der hohen Energiepreise und](#)

[der Transformationskosten“](#).

In dieser Stellungnahme plädiert der EWSA für einen starken wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmen, um die hohen Energie- und Rohstoffpreise, den Investitionsbedarf im Zusammenhang mit dem grünen Wandel, die Infrastrukturdefizite, den Fachkräftemangel und die schwache Binnennachfrage zu bewältigen. Eine auf Investitionen und Innovation ausgerichtete Wettbewerbspolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Der EWSA fordert rasches Handeln vor dem Hintergrund der zunehmenden Sorge um die wirtschaftliche Sicherheit Europas und seine Abhängigkeit von Drittländern. In einer Zeit wachsender geopolitischer und handelspolitischer Unsicherheit braucht die EU eine robuste Handelspolitik, um die Nachhaltigkeit der Industrie trotz asymmetrischer Dekarbonisierungsziele, globaler Überkapazitäten und zunehmender handelspolitischer Spannungen zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine größere Autonomie in Bezug auf kritische Rohstoffe unverzichtbar.

Verstärkte Investitionen, wie sie im Draghi-Bericht gefordert werden, und Reformen der Regierungsführung sind entscheidend. Ein einheitlicher Binnenmarkt – gerade auch für Energie – würde die europäische Wirtschaft stärken. Die Verringerung des Regelungsaufwands, die Anpassung der Rahmenbedingungen für den Strommarkt und besser geeignete Finanzinstrumente wie Strombezugsverträge könnten der Industrie bei der Umstellung helfen.

Ein starker sozialer Dialog und Tarifverhandlungen sind ebenfalls erforderlich, um den gerechten Übergang zu meistern. Die Industriepolitik muss mit Bildungs- und Beschäftigungsstrategien verzahnt werden, wobei der Schwerpunkt auf Forschung, Innovation und Qualifizierung liegen muss. Investitionen in die Energieinfrastruktur, in erneuerbare Energien und in die Kreislaufwirtschaft dienen ebenso den Klimazielen.

Der EWSA verabschiedete außerdem eine zusätzliche Stellungnahme zum Thema [„Die Zukunft der energieintensiven Industrien in der Europäischen Union“](#), in der maßgeschneiderte Lösungen zur Gewährleistung der langfristigen Nachhaltigkeit dieser Industriezweige vorgeschlagen werden. Von der Bewältigung der spezifischen Herausforderungen hängt es ab, ob die Industrie eine Zukunft in der EU haben wird. (II)



Die EU braucht einfachere und gerechtere Vorschriften, um wettbewerbsfähig zu bleiben

Grenzüberschreitende Unternehmensexpansion in der EU bedeutet, sich durch ein Labyrinth widersprüchlicher Mehrwertsteuervorschriften und Formalitäten kämpfen zu müssen, was die Kosten in die Höhe treibt. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist der Befolgungsaufwand unverhältnismäßig hoch. Dadurch ist es für sie schwieriger, zu expandieren und wettbewerbsfähig zu sein. In zwei Stellungnahmen, die auf der Februar-Plenartagung verabschiedet wurden und auf den Berichten von Letta und Draghi aufbauen, fordert der EWSA umgehend Reformen. Unter anderem empfiehlt er harmonisierte Finanzvorschriften, eine KI-gestützte Berichterstattung und eine koordinierte Industriepolitik.

„Der Binnenmarkt ist das Rückgrat des wirtschaftlichen Wohlstands in Europa, doch in Schlüsselbereichen wie Finanzen, Energie und digitale Dienstleistungen ist er immer noch unvollständig“, erklärte EWSA-Präsident **Oliver Röpke**. „Die heutige Debatte macht deutlich, dass hier dringender Reformbedarf besteht, um Hindernisse zu beseitigen, den Dienstleistungssektor zu stärken und so für alle Unternehmen in der EU gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.“

Maria Luís Albuquerque, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen sowie für die Spar- und Investitionsunion, schloss sich dieser Forderung an: „Meine Vision von einer Spar- und Investitionsunion ist es, den Menschen in Europa Wohlstand und den Unternehmen Wachstum zu bringen. Dazu müssen wir sie in einem sicheren, wettbewerbsfähigen, gut regulierten und gut beaufsichtigten Umfeld zusammenbringen.“

In seinen Stellungnahmen zeigt der EWSA auf, dass die Wettbewerbsfähigkeit vor allem durch zwei Faktoren ausgebremst wird: [die Fragmentierung des Binnenmarktes, die in den Berichten von Letta und Draghi hervorgehoben wurde](#), und [die übermäßige Bürokratie, die insbesondere die KMU belastet](#). Beide Faktoren stehen der Innovation und dem Wirtschaftswachstum im Wege.

Wo liegt das Problem?

Die Unternehmen in ganz Europa werden mit komplexen und sich überschneidenden Vorschriften überhäuft, deren Einhaltung viel Zeit und Geld erfordert. Außerdem behindern sie den Grünen Deal und erschweren mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen. Das Ergebnis sind frustrierte Unternehmen, höhere Verbraucherkosten und ein schwächeres Wirtschaftswachstum.

Abgesehen vom Regelungsaufwand steht Europa vor erheblichen strukturellen Problemen, die seine Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Die Vollendung des Binnenmarktes kommt nur schleppend voran, bei der Infrastruktur in den Bereichen Digitalisierung und Energieversorgung gibt es große Unterschiede, und in der Industriepolitik mangelt es an Koordinierung. All dies schwächt die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der EU. Während andere Wirtschaftsblöcke rasch handeln, um Investitionen anzuziehen und Innovationen zu fördern, droht Europa den Anschluss zu verlieren.

Was können wir tun?

Nur mit einem umfassenden Ansatz wird es gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken: Es kommt vor allem darauf an, die Hindernisse in Schlüsselsektoren wie Finanzen und Energie zu beseitigen, den digitalen Wandel voranzubringen und zu gewährleisten, dass die KMU expandieren und die gleichen Wettbewerbsbedingungen haben wie andere Unternehmen.

Der EWSA schlägt in seinen Stellungnahmen vor,

- die Vorschriften ohne Abstriche bei den Umwelt- und Sozialstandards zu vereinfachen;
- ein einheitliches KI-gestütztes Meldeinstrument zu schaffen, um die Berichterstattung für KMU und Midcap-Unternehmen zu straffen und so die Einhaltung der Vorschriften zu beschleunigen und zu vereinfachen;
- die Vorschriften in den verschiedenen Sektoren zu harmonisieren, um Überschneidungen bei der Berichterstattung zu vermeiden;
- die Finanzvorschriften in den Mitgliedstaaten in Verbindung einer koordinierten EU-Industriepolitik zu vereinheitlichen;
- das CO₂ Grenzausgleichssystem (CBAM) zu reformieren, damit es gerechter und weniger aufwendig wird. (gb)



Der Deal für eine saubere Industrie – ein taugliches Instrument?

Am 6. März veranstaltete der EWSA nur wenige Tage vor den Beratungen des Rates am 12. März eine Debatte über den von der Europäischen Kommission vorgelegten Deal für eine saubere Industrie. Führende Vertreter aus Politik, Industrie und Zivilgesellschaft untersuchten, ob der Plan wirklich geeignet ist, um den europäischen Cleantech-Sektor, energieintensive Industrien und die strategische Autonomie zu unterstützen.

Angesichts der instabilen geopolitischen Lage und der sich verändernden transatlantischen Beziehungen ist die strategische Autonomie Europas dringender denn je. Der Deal für eine saubere Industrie zielt darauf ab, die Dekarbonisierung und die Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen und gleichzeitig die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. In einem ersten Schritt soll auf eine Senkung der Energiepreise hingewirkt werden.

Fraglich ist nach wie vor, ob der Deal sich umsetzen lässt und finanzierbar ist.

„Es geht nicht darum, zwischen strategischer Autonomie, Wettbewerbsfähigkeit und dem zweifachen Wandel zu wählen. Alle Industriezweige sind betroffen und müssen sich in ihrem eigenen Tempo, aber mit klaren Verpflichtungen anpassen“, erklärte **Pietro de Lotto**, Vorsitzender der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) des EWSA, und bezeichnete diese Herausforderung als „Balanceakt“.

Die Kommission betont, dass eine von Russland unabhängige Energieversorgung aus geopolitischen Gründen unbedingt geboten ist, allerdings gibt die rückläufige Industrieentwicklung in Europa zunehmend Anlass zur Sorge. Sowohl die Industrieproduktion als auch die ausländischen Direktinvestitionen sind in den letzten zwei Jahren deutlich zurückgegangen.

Die Finanzierung wird eine große Herausforderung sein. Damit die Ziele des Plans verwirklicht werden können, müssen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten und die Industrie zusammenarbeiten. Zwar hat die Europäische Investitionsbank 500 Millionen Euro in Form von Rückgarantien und 1,5 Milliarden Euro für die Verbesserung der Energienetze zugesagt, doch müssen die nationalen Regierungen darüber hinaus noch zusätzliche Mittel mobilisieren.

Auch die sozialen Auswirkungen des Wandels sind ein zentrales Thema, insbesondere in energieintensiven Branchen, in denen bereits viele Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Vertreter der Zivilgesellschaft fragen sich, ob die im Rahmen des Deals vorgeschlagene Senkung der Energiesteuern auf Kosten der Mittel für die Bildung und das Gesundheitswesen gehen könnte.

Auch wenn die langfristigen Zielen des Deals für eine saubere Industrie allgemein Anlass zum Optimismus geben, zweifeln Fachleute daran, ob der Plan zur Bewältigung kurzfristiger Herausforderungen geeignet ist. Ein rasches Vorgehen und Vereinfachung sind von wesentlicher Bedeutung, da der Fortschritt durch hohe Energiekosten und rechtliche Hindernisse ausgebremst werden könnte. Fragmentierte nationale Strategien stellen nach wie vor eine Herausforderung dar, sodass der Deal für eine saubere Industrie Gefahr läuft, eine entscheidende Gelegenheit zur europaweiten Angleichung der Industriepolitik zu verpassen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Technologieneutralität. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem richtigen Gleichgewicht zwischen erneuerbaren Energien, Wasserstoff und Biokraftstoffen. Die Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energieträger wird begrüßt, zugleich ist jedoch ein entschlossenes Engagement für Energieeffizienz angezeigt. Dank erneuerbarer Energien konnten die Verbraucher in Europa zwischen 2021 und 2023 bereits 100 Milliarden Euro einsparen – ein Erfolg, auf dem die EU aufbauen sollte.
(jh)



EU-Landwirte benötigen dringend Unterstützung, um die volatilen Märkte zu überstehen

Die europäischen Landwirte werden mit immer größeren Krisen konfrontiert, von extremen Witterungsbedingungen bis hin zu instabilen Märkten und unlauterem Wettbewerb. Dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zufolge werden die Landwirte durch die derzeitige EU-Politik nicht geschützt. Er fordert rasche Reformen, um ihr Einkommen zu sichern, ihre Verhandlungsposition zu stärken und eine nachhaltige Landwirtschaft zu gewährleisten.

In einer auf Ersuchen des polnischen EU-Ratsvorsitzes erarbeiteten [Stellungnahme](#) fordert der EWSA ein widerstandsfähigeres Agrarsystem, in dem die Landwirte im Mittelpunkt stehen.

„Die Landwirtschaft ist ein hehrer Beruf mit zwei Hauptzielen:

hochwertige und sichere Lebensmittel zur Ernährung der Bevölkerung zu erzeugen und die Umwelt zu bewahren und aufzuwerten. Alles, was wir dafür verlangen, ist ein ehrlicher Lohn für ehrliche Arbeit, Respekt und ein fairer Preis für die Lebensmittel, die wir liefern“, so **Joe Healy**, einer der drei Berichtersteller der Stellungnahme.

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) können die heutigen Herausforderungen aus Sicht des EWSA nicht bewältigt werden. Als Finanzinstrumente zur Unterstützung der Landwirte empfiehlt er öffentliche Versicherungen gegen Naturkatastrophen, antizyklische Beihilfen und Direktzahlungen. Fonds auf Gegenseitigkeit, die es bereits in einigen EU-Staaten gibt, könnten ein zusätzliches Sicherheitsnetz bilden und von Landwirten, Industrie, Regionen und der EU gemeinsam finanziert werden.

Der EWSA spricht sich dafür aus, bei der Überprüfung der GAP nach 2027 ihren Haushalt wieder auf mindestens 0,5 % des BIP der EU zu bringen. Es bedarf strengerer Handelsvorschriften, um sicherzustellen, dass importierte Produkte den Umwelt- und Arbeitsnormen der EU entsprechen.

Ein weiteres großes Problem ist der Verkauf unter dem Selbstkostenpreis, eine Praxis, die die Landwirte finanziell extrem unter Druck setzt. Der EWSA fordert die politischen Entscheidungsträger in der EU nachdrücklich auf, ein Verbot von Einkäufen unter dem Selbstkostenpreis ernsthaft zu erwägen, um große Einzelhändler daran zu hindern, Landwirte in den Ruin zu treiben. Hierfür könnten die spanischen Gesetze über Lebensmittelketten als Vorbild dienen.

Um die Transparenz zu verbessern und den Landwirten mehr Marktmacht zu geben, schlägt der EWSA ein digitales EU-Zentrum zur Überwachung von Preisen, Kosten und Gewinnspannen vor. Außerdem plädiert er für kollektive Preisverhandlungen und mehr Unterstützung für Genossenschaften und Erzeugerorganisationen. Die Landwirtschaft in der EU braucht allgemein mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Klimaziele sind durchaus wichtig, aber die Landwirte können die Kosten nicht allein tragen. Sie könnten mit einem Nachhaltigkeitsfonds bei der Umstellung auf umweltfreundlichere Praktiken unterstützt werden. In der Stellungnahme wird vor der Gefahr einer Verlagerung von CO₂-Emissionen gewarnt, da die strengen EU-

Vorschriften die hiesigen Landwirte gegenüber ihren Konkurrenten aus Drittstaaten benachteiligen.

Der EWSA betont die Bedeutung von Investitionen in die ländliche Entwicklung, von Innovation und einfacheren GAP-Vorschriften. Angesichts des zunehmenden Drucks auf die Landwirte ist klar: Die EU-Führungsspitzen müssen dringend handeln, bevor noch mehr Landwirte aufgeben. (ks)



Stärkung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des Europäischen Semesters 2025

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat wichtige Empfehlungen zum Herbstpaket des Europäischen Semesters 2025 abgegeben und drängt auf strategische Investitionen und eine stärkere Zusammenarbeit, um die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern.

Die Empfehlungen sind Teil einer auf der Plenartagung im Februar verabschiedeten [Stellungnahme](#), in deren Mittelpunkt Nachhaltigkeit, Arbeitsmarktreformen und eine bessere Abstimmung zwischen der nationalen und der EU-Politik stehen. Gleichzeitig fordert der EWSA eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Der EWSA bedauert, dass der politisch so wichtige Jahresbericht über nachhaltiges Wachstum nicht erschienen ist. Die EU-Organe müssen sich seiner Ansicht nach auf künftige geopolitische Risiken bezüglich Handel, Inflation und Wachstum vorbereiten.

Der EWSA befürwortet die Initiative „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ und fordert Investitionen in die Bereiche Energie und Digitales und die Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen. Zudem fordert er eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft, eine pragmatische Überprüfung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Wirtschaftspolitik und Produktivität. (tk)



Eine modernisierte Kohäsionspolitik als Beitrag zu einer stärkeren und resilienteren EU

Die Kohäsionspolitik ist seit langem ein Pfeiler der europäischen Integration, der für die wirtschaftliche, soziale und geografische Einheit der EU maßgeblich ist. Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für die Zeit nach 2027 nimmt Gestalt an, und es zeigt sich, dass die Kohäsionspolitik modernisiert werden muss. Mehr Effizienz und Nachhaltigkeit sowie eine bessere Reaktionsfähigkeit bei neuen Herausforderungen sind gefragt.

In seiner kürzlich verabschiedeten Stellungnahme [„Stärkung der Ergebnisorientierung der Kohäsionspolitik nach 2027“](#) betont der EWSA die Notwendigkeit eines ergebnisorientierten Ansatzes, um sicherzustellen, dass die Kohäsionspolitik weiterhin greifbare Vorteile bringt, Ungleichheit verringert und die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit fördert.

„Die Kohäsionspolitik muss das wichtigste Instrument der EU für die regionale Entwicklung bleiben. Ein ergebnisorientierter Ansatz gewährleistet, dass jeder ausgegebene Euro dem wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen dient“, so der Berichterstatter für die Stellungnahme, **David Sventek**.

Der mehrjährige Finanzrahmen für die Zeit ab 2028 muss grundlegend überarbeitet und auf die regionale Entwicklung, den ökologischen und den digitalen Wandel sowie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Angesichts eines Investitionsbedarfs von jährlich mehr als 750-800 Milliarden Euro ist eine starke EU-Finanzierung unerlässlich.

Der EWSA fordert die Beibehaltung der Fiskalkapazität der EU von 1,8 % des BIP und eine Aufstockung der Mittel für die Kohäsionspolitik. Zu den wichtigsten Prioritäten gehören die geteilte Verwaltung, maßgeschneiderte regionale Strategien, ergebnisorientierte Finanzierung und vereinfachte Verfahren.

Ergebnisorientierung sorgt für Effizienz, erfordert aber eine bessere Umsetzung und Überwachung. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Investitionen, eine verstärkte technische Unterstützung und die Gewährleistung von Transparenz machen die Kohäsionspolitik wirksamer, fördern die wirtschaftliche Resilienz und verringern Ungleichheit in Europa. (tk)



EWSA fordert regenerativen Tourismus zur Stärkung von Wirtschaft und Umwelt

Der Tourismus ist ein Motor für die EU-Wirtschaft und kann die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Es ist an der Zeit, zu überdenken, wie Tourismus funktioniert, und über Nachhaltigkeit hinaus zu einem regenerativen Tourismus überzugehen, bei dem Destinationen gestärkt und erneuert werden, anstatt sie nur zu erhalten.

Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** fordert die Europäische Union nachdrücklich auf, ihren Tourismussektor umzugestalten und dabei den Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Wiederherstellung zu legen, um langfristig wirtschaftliche und ökologische Vorteile zu sichern.

Da der Tourismus besonders in stark von diesem Sektor abhängigen Regionen nach wie vor eine tragende Säule der EU-Wirtschaft ist, plädiert der EWSA für einen beschleunigten Übergang zu einem nachhaltigen Tourismus und für eine Umstellung auf Strategien des regenerativen Tourismus, wie in seiner Stellungnahme [„Nachhaltigkeit als Triebkraft für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in der EU“](#) dargelegt wird.

„Wir müssen sicherstellen, dass der Tourismus bei der Wiederbelebung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle spielt. Das ist sehr wichtig, da der Tourismus in vielen Mitgliedstaaten und Regionen und in deren Wertschöpfungsketten einen erheblichen Beitrag zum BIP leistet“, so die Berichterstatterin für die Stellungnahme, **Isabel Yglesias**.

Wie Frau Yglesias erläuterte, basiert die Stellungnahme auf der unter spanischem Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2023 angenommenen Erklärung von Palma, mit der ein breiter Konsens darüber erzielt wurde, wie Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt des Tourismus der Zukunft gestellt werden kann.

Mit Blick auf dieses Ziel müssen die EU-Institutionen und die nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften die Branche aktiv bei ihren Transformationsprozessen unterstützen, einen kontinuierlichen Dialog mit allen einschlägigen Interessenträgern sicherstellen und den sozialen Dialog stärken.

Nachhaltigkeitsbestrebungen bestehen im Tourismus schon seit Langem, doch der Reiseboom nach der Pandemie bedeutete eine Belastung für viele beliebte Reiseziele. Diese Zunahme des Tourismus erschwert es den Regionen, ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung zu finden. Gleichzeitig haben sie mit Personalmangel und einem Missverhältnis zwischen den verfügbaren Arbeitsplätzen und den Qualifikationen der Arbeitnehmer zu kämpfen.

Daher fordert der EWSA zudem eine Umstellung auf einen regenerativen Tourismus und dessen Berücksichtigung in der europäischen Strategie für nachhaltigen Tourismus, die in den kommenden Monaten von der Europäischen Kommission vorgelegt wird.

Im Gegensatz zum traditionellen nachhaltigen Tourismus, bei dem die Eindämmung von Umweltschäden im Vordergrund steht, zielt der regenerative Tourismus auf die Wiederherstellung und Verbesserung des

natürlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kapitals ab. Bei diesem zukunftsorientierten Ansatz werden Grundsätze der Kreislaufwirtschaft einbezogen und dauerhaft positive Auswirkungen für die Reiseziele und die einheimische Bevölkerung angestrebt. (II)



Neue EWSA-Studie über generative KI: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Bereich KI

Bei der Entwicklung der KI steht die EU an einem Scheideweg. Während derzeit US-amerikanische Unternehmen mit 80 % der weltweiten privaten Investitionen den Markt für generative KI (GenKI) dominieren, macht nun auch China in diesem Bereich rasante Fortschritte. In einer neuen Studie, die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Zusammenarbeit mit dem [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#) veröffentlicht hat, wurde untersucht, was Europa braucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Studie wurde unter Federführung der EWSA-Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (INT) erarbeitet und regelmäßig in der [EWSA-Beobachtungsstelle für den digitalen Binnenmarkt](#) erörtert. Beleuchtet werden darin die wichtigsten Chancen und Herausforderungen sowie auch die politischen Maßnahmen, die zur Verbesserung der europäischen KI-Landschaft ergriffen werden müssen.

Die wichtigsten Empfehlungen an die EU lauten:

Mehr Investitionen in KI und Rechenleistung – Europa muss mehr in die KI-Infrastruktur investieren, um Innovationen zu fördern.

Schwerpunkt auf drei Sektoren mit hohem Potenzial – KI kann das Wachstum in der **Automobilindustrie, bei sauberen Energien und im Bildungswesen** fördern.

Förderung quelloffener KI – Die Unterstützung offener KI-Modelle wird die Zugänglichkeit und den Wettbewerb verbessern.

Bessere Integration der Arbeiten im Bereich der FuE in der gesamten EU.

Stärkung der Zivilgesellschaft bei der KI-Governance

– In der Studie wird die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Gestaltung und die Governance der KI-Strategie unterstrichen. Für eine bessere Inklusivität und einen ethischen Einsatz von KI wird in dem Bericht Folgendes empfohlen:

- **KI-Kompetenzprogramme** – Initiativen für Schulungen und den sozialen Dialog zur Stärkung der Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit.
- **„Social by Design“-Ansatz** – Sicherstellung, dass bei der KI-Entwicklung der Mensch im Mittelpunkt steht und den Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung getragen wird.
- **Aufstockung der Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen** – Unterstützung gemeinnütziger Organisationen, die zur Überwindung der Kluft zwischen KI-Technologie und Verständnis der Öffentlichkeit beitragen.
- **Ethischer KI-Einsatz** – Vorrang für vertrauenswürdige KI-Systeme, die mit den europäischen Werten vereinbar sind.

Nutzung des Potenzials des EWSA in der KI-Politik

- Der EWSA kann in seiner Funktion eine strukturierte Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen an der KI-Politik erleichtern. In der Studie wird der Einsatz quelloffener KI und die Förderung ethischer Innovation im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe und der Finanzierungsprogramme empfohlen. Dabei soll der EWSA als zentrale Drehscheibe für die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Open-Source-Gemeinschaften dienen und das Bewusstsein für die Auswirkungen der KI auf die Gesellschaft schärfen.

Mit der Studie wird auch ein **einheitliches KI-Glossar** eingeführt, um eine gemeinsame Nomenklatur zu schaffen und eine wirksame Kommunikation zwischen politischen Entscheidungsträgern, Entwicklern und Nutzern sicherzustellen, was für eine verantwortungsvolle Entwicklung, Governance und Einführung von KI in allen Sektoren ausschlaggebend ist.

Die Studie wird den wichtigsten EU-Institutionen zur Verfügung gestellt und soll in die künftigen KI-Strategien einfließen. Die vollständige Studie finden Sie [hier](#). (vk)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Copyright: EU2025 - source: EC

Der europäische Deal für eine saubere Industrie näher betrachtet: Dringlichkeit und Reformbedarf

von Michal Pintér, Delegierter der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) des EWSA

Im kürzlich veröffentlichten Deal für eine saubere Industrie wird die strategische Bedeutung der energieintensiven Industrien für die europäische Wirtschaft anerkannt. Auch die wichtigsten Probleme werden klar benannt. Im Deal werden bemerkenswerte Ideen wie grüne Leitmärkte, die Förderung der Kreislaufwirtschaft und die Finanzierung der Dekarbonisierung

vorgestellt. Leider fehlt es den Maßnahmen an der nötigen Dringlichkeit und Kühnheit, um den Niedergang der energieintensiven Industrien in Europa umzukehren.

In seiner kürzlich verabschiedeten Stellungnahme [„Die Zukunft der energieintensiven Industrien in der Europäischen Union angesichts der hohen Energiepreise und der Transformationskosten“](#) musste der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** ein erhebliches Wettbewerbsgefälle zwischen den energieintensiven Industrien in der EU und ihren globalen Wettbewerbern feststellen. Die Kommission sieht die Hauptschuld zu Recht bei den Energiepreisen. Allerdings wird weder im Deal noch im Aktionsplan für erschwingliche Energie eine Reform des Strommarkts vorgeschlagen. Das Grenzpreissystem funktionierte, als die EU über Gaspipelines von einer relativ billigen und stabilen Versorgung mit russischem Gas profitieren konnte. Die Lage hat sich inzwischen aber zu unserem Nachteil verändert, denn nun sind wir auf teure und unbeständige Flüssiggas-Lieferungen angewiesen, was sich in den kommenden Jahren wahrscheinlich auch nicht ändern wird. Trotz des zunehmenden Anteils kostengünstigen, grünen Stroms im Energiemix der EU sind die Preise der fossilen Brennstoffe weiterhin für die Strompreisbildung maßgeblich.

Politische Bemühungen um den Ausbau erneuerbarer Energiequellen sind begrüßenswert, aber aufgrund der derzeitigen Marktstruktur führen sie nicht zu billigerem Strom. Es muss umgehend gehandelt werden, um die Kostenvorteile von Strom aus erneuerbaren Energiequellen an die Industrie weiterzugeben und alle Optionen zur Preisreduzierung zu bewerten, einschließlich der Entkopplung der Strompreise.

Im Deal werden außerdem Schlupflöcher im CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (kein Schutz von Ausfuhren aus der EU, *Resource Shuffling* und Umgehungspraktiken) und in den Handelsschutzinstrumenten benannt. Bedauerlicherweise fehlen aber Aussagen darüber, wie der europäische Markt geschützt werden soll, was die energieintensiven Industrien im globalen Handelskrieg im Ungewissen lässt.

Der EWSA fordert die Institutionen der EU zu branchenspezifischen Handlungsplänen auf, die wirkungsvolle Maßnahmen enthalten müssen, um eine weitere Deindustrialisierung zu verhindern und die EU in die Lage zu versetzen, den industriellen Wandel zu bewältigen.



Keine Verteidigung ohne Sozialinvestitionen

von der Gruppe Arbeitnehmer

Verteidigungs- und Sozialausgaben sollten Hand in Hand gehen - die Erhöhung der Verteidigungsausgaben darf nicht zu Lasten des Sozialstaats gehen. Ein starker Wohlfahrtsstaat ist nach wie vor ein wesentliches Mittel, um rechtsextreme Parteien davon abzuhalten, in der EU Autokratien nach dem Vorbild Russlands aufzubauen.

Zu Beginn des vierten Kriegsjahres in der Ukraine werden viele Stimmen laut, die eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben fordern, insbesondere angesichts der politischen Veränderungen in den USA. Der Schutz Europas scheint nicht mehr gewährleistet zu sein. Es wurden bereits viele Tabus gebrochen, nicht nur mit den auf EU-Ebene über militärische Fragen geführten Debatten, sondern auch mit den Diskussionen über eine

höhere Verschuldung.

Einige dieser Stimmen behaupten jedoch, es handle sich um Nullsummenspiel mit dem Wohlfahrtsstaat - als ob die Stärke des US-Militärs auf den Mangel an angemessenem Sozialschutz zurückginge oder als ob unsere geschwächten Armeen eine Folge der Renten und der sozialen Sicherheit wären.

Die Gruppe Arbeitnehmer möchte hier zwei Punkte hervorheben:

- Die EU als Ganzes hat weltweit gesehen die zweithöchsten Militärausgaben. Zur Gewährleistung der strategischen Autonomie sind Koordinierung und gemeinsame Projekte erforderlich, auch wenn mitunter gemeinsame oder zusätzliche Ausgaben erforderlich sein können. Es geht um unsere Verteidigung und nicht darum, mit den USA in einen globalen Wettbewerb zu treten.
- Ein gut funktionierender Wohlfahrtsstaat ist neben den Bemühungen zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in vielen Mitgliedstaaten ein wichtiges Mittel, um zu verhindern, dass rechtsextreme Kräfte die Macht übernehmen. Diese aufsteigenden rechtsextremen Parteien haben wenig Interesse an der Demokratie, lehnen die meisten unserer Werte offen ab, streben danach, in den Mitgliedstaaten eine Autokratie nach dem Vorbild Russlands zu etablieren, und werden, wenn sie an der Macht sind, dafür sorgen, dass es keine koordinierte Verteidigungspolitik geben wird.

Daher müssen die Mitgliedstaaten die Verteidigungs- und Sozialinvestitionen als etwas betrachten, das sich gegenseitig verstärkt und das jeweils andere erst ermöglicht.



Die Zivilgesellschaft muss lauter werden

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Der EWSA muss von Anfang an in die Initiativen der Europäischen Kommission zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Laut der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA kann die Studie des EWSA „Ziviler Dialog in den EU-Institutionen“, die in Kürze veröffentlicht wird, wertvolle Hinweise dazu liefern.

Die EU steht am Beginn eines neuen institutionellen Zyklus. Als Reaktion auf die Ankündigung einer *EU-Strategie zur Unterstützung, zum Schutz und zur Stärkung der Zivilgesellschaft* für das dritte Quartal 2025 im [Arbeitsprogramm der Kommission](#) hat die Gruppe der Organisationen der

Zivilgesellschaft eine [Konferenz](#) veranstaltet, in deren Rahmen wichtige Maßnahmen für den Zeitraum 2024-2029 erörtert wurden. Unter den rund 100 Teilnehmenden der Veranstaltung am 3. März waren Mitglieder nationaler und europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger.

Laut **Séamus Boland**, dem Vorsitzenden der Gruppe der Organisationen der Zivilgesellschaft, tragen die zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür Sorge, dass die politischen Entscheidungsträger über die Bedürfnisse der Menschen informiert sind und darauf eingehen. Er bekräftigt die Forderung der Gruppe und des Ausschusses, den EWSA in die von der Kommission geplante Plattform der Zivilgesellschaft einzubinden.

„Der EWSA kann zu diesem Thema langjährige Erfahrung und eine bestehende Plattform anbieten. Er muss daher von Anfang an in die Initiativen der Europäischen Kommission zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Der EWSA muss bei der Initiative zur Schaffung einer Plattform der Zivilgesellschaft in die Governance einbezogen werden und selbst eine Schlüsselrolle spielen“, so Boland.

Er sprach sich für einen strukturierten, regelmäßigen, transparenten und inklusiven zivilgesellschaftlichen Dialog aus, der auf bestehenden Strukturen aufbaut und alle relevanten Interessenträger zusammenbringt. Daher sollten die EU-Institutionen mit Unterstützung des EWSA eine Arbeitsgruppe zum zivilgesellschaftlichen Dialog einsetzen.

„Eine Arbeitsgruppe zum Dialog mit der Zivilgesellschaft könnte ein Konzept dazu erarbeiten, wie zivilgesellschaftliche Organisationen besser in den Politikgestaltungsprozess eingebunden werden können“, so Boland. Dies könnte ein erster Schritt in Richtung eines strukturierteren zivilgesellschaftlichen Dialogs sein und zur Klärung der folgenden wichtigen Fragen beitragen: Wer wird konsultiert, zu welchen Themen, innerhalb welcher Fristen und mit welchen Ergebnissen?

Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe könnte sich darüber hinaus auf die Studie des EWSA über bestehende Praktiken mit dem Titel „Ziviler Dialog in den EU-Institutionen“ stützen, die derzeit in Arbeit ist.

Die Studie wurde vom EWSA auf Ersuchen der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden voraussichtlich ab Juli 2025 zur Verfügung stehen. Ziel der Studie ist es, einen umfassenden Überblick über die Verfahren des zivilgesellschaftlichen Dialogs in den Unionsorganen zu erstellen und zu ermitteln, wie zivilgesellschaftliche Organisationen derzeit einbezogen werden und welche Methodik dabei eingesetzt wird. Bei den Bemühungen um einen strukturierteren zivilgesellschaftlichen Dialog im neuen Legislaturzyklus sollte auch das Wissen über bestehende Verfahren herangezogen werden.

Berta Mizsei vom Centre for European Policy Studies (CEPS) stellte auf der Konferenz bereits erste Erkenntnisse der Studie vor.

Auf der Konferenz wurde auch hervorgehoben, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft nur dann in der Lage sind, die Bedürfnisse der Menschen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern geltend zu machen und Dialog zu ermöglichen, wenn sie finanziell abgesichert sind. Ihre finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit muss gewährleistet werden.

Die [Schlussfolgerungen und Empfehlungen](#) der Konferenz finden Sie auf der Website des EWSA.

SCHWERPUNKT YOUR EUROPE, YOUR SAY! (YEYS)



YEYS 2025: Bürgerschaftliches Engagement und Korruptionsbekämpfung stehen ganz oben auf der Jugendagenda

Die jährliche Jugendveranstaltung *Your Europe, Your Say (YEYS)!* des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) fand am 13. und 14. März 2025 statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Ausgabe unter dem Motto „Jungen Menschen eine Stimme geben“ stand die Rolle der Jugend bei der gemeinsamen Gestaltung einer widerstandsfähigen Zukunft.

Fast 100 junge Menschen aus der EU, den neun Kandidatenländern und dem Vereinigten Königreich konnten dieses Jahr begrüßt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertraten Jugendorganisationen, nationale Jugendräte sowie Sekundarschulen und verschafften einem breiten Spektrum von Gruppen Gehör. Viele von ihnen setzen sich bereits seit langem für ihre Interessen ein, für andere hingegen war diese Veranstaltung ein wichtiger erster Schritt zur Mitgestaltung der partizipativen Demokratie in ihrer Gemeinde und darüber hinaus.

In mehreren Workshops ermittelten die jungen Menschen unter der Anleitung von Moderatorinnen und Moderatoren, welche dringendsten Fragen ihrer Ansicht nach von der Politik angegangen werden sollten, von der Korruptionsbekämpfung bis hin zur Entwicklung einer kohärenten Klimastrategie und der Gewährleistung gleicher Rechte für alle. Korruption untergräbt das Vertrauen in die Institutionen und schwächt die Demokratie, weshalb investigativer Journalismus unterstützt und die Verwendung von Steuergeldern transparenter werden muss.

„Wir müssen für Rechenschaftspflicht sorgen. Passivität können wir uns nicht leisten, denn die Kosten der Untätigkeit sind zu hoch. Wir müssen Korruption bekämpfen und auch besiegen“, betonte ein Teilnehmer der Jugendplenartagung.

Die jungen Menschen forderten zudem gemeinsame Ziele für die Bekämpfung des Klimawandels sowie die Verankerung des Rechts auf ein Leben ohne die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Sie sprachen sich für wertebasierte Lehrpläne aus, die sich positiv auf das Verhalten der Menschen im Internet auswirken und Desinformation verringern. Zudem forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendveranstaltung gleiche Rechte, Gleichbehandlung und Chancengleichheit ebenso wie die Inklusion aller Menschen in sämtlichen Bereichen. Angesichts der fehlenden Vertretung junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen betonten sie, dass in einer Demokratie alle Stimmen Gehör finden müssen.

Den Abschluss der anderthalbtägigen Veranstaltung bildete die Jugendplenartagung, auf der zahlreiche engagierte Jugendliche EWSA-Präsident **Oliver Röpke** und der EU-Jugendkordinatorin **Biliana Sirakova** ihre Empfehlungen vorstellten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in einer Abstimmung eine Rangfolge von fünf Schwerpunkten aufgestellt:

1. Korruptionsbekämpfung mittels Transparenz und Beteiligung junger Menschen
2. Bürgerschaftliches Engagement aus dem Klassenzimmer heraus
3. Hundertprozentige Gleichstellung
4. Junge Menschen müssen mitreden können
5. Entwicklung einer kohärenten Klimaschutzstrategie

Präsident Röpke betonte, dass diese Empfehlungen die beratende Tätigkeit des EWSA prägen können und die Gleichstellung der Geschlechter eine zentrale Priorität des Ausschusses bildet. Biliana Sirakova unterstrich, dass diese Empfehlungen auch in die Arbeit der EU einfließen werden. (cpwb)



Junge Menschen ermutigen und dadurch stärken

von Kristýna Bulvasová

In einer von Unsicherheit geprägten Welt, in der althergebrachte Überzeugungen ins Wanken geraten und ehemals gemeinsame Werte uns nicht mehr einen, sondern spalten, müssen junge Menschen die Möglichkeit erhalten, sich hier und jetzt sinnvoll zu engagieren, um die vielen drängenden Probleme anzugehen, die vor unseren Augen immer weiter zunehmen. Die Debatten im Rahmen der Jugendplenartagung „Your Europe Your Say!“ (YEYS) 2025 haben deutlich gezeigt, dass es nicht nur ein einziges „Jugendthema“ gibt und dass junge Menschen zu Recht über eine Vielzahl verschiedener Probleme besorgt sind - von der Korruptionsbekämpfung über die Förderung der Gleichstellung bis hin zur Bekämpfung des Klimawandels, schreibt die tschechische Studentin und YEYS-Teilnehmerin

Kristýna Bulvasová.

Wie oft habe ich als junger Mensch der Generation Z gehört: „Eure Generation steht vor noch nie dagewesenen Problemen“ oder „Bei der Lösung der aktuellen Herausforderungen kommt es auf eure Führungsrolle an“. Es steht viel auf dem Spiel, aber auch die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind immens: beispiellose Rückschritte im Bereich der Demokratie, Polarisierung unserer Gesellschaften rund um Themen, die früher als „gemeinsame Werte“ galten, Destabilisierung etablierter Überzeugungen und Systeme sowie zunehmende Unsicherheit.

Die hohen Erwartungen stellen nicht nur Anforderungen an junge Menschen, sondern auch an unterfinanzierte Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre entscheidende wegweisende Rolle für die Werte junger Menschen sowie an die Bildungssysteme. Die formale Bildung sollte jungen Menschen die Kompetenzen vermitteln und die Instrumente an die Hand geben, die sie brauchen, um die Problemlöser und Verantwortungsträger von heute und morgen zu werden. Leider sind viele Bildungssysteme zu starr für das 21. Jahrhundert und die Schulen klären nicht ausreichend über den Klimawandel und umfassende Gesundheitsfragen auf - sei es im Bereich der psychischen oder reproduktiven Gesundheit. Außerdem fehlt es in den Schulen an modernster Technik, und sie bieten keinen angemessenen Zugang für schutzbedürftige Gruppen.

Selbst die Frage, wer als schutzbedürftig gilt, wurde politisiert - und sogar instrumentalisiert -, wodurch Menschen zusätzlich belastet werden, die ohnehin zu den Ärmsten gehören und nicht zurückgelassen werden sollten.

In unseren Gesellschaften besteht kein Konsens mehr darüber, was unter Schutzbedürftigkeit zu verstehen ist, was deren Merkmale sind. Das habe ich aus erster Hand erfahren, als ich einen Workshop an einer Schule nahe der tschechisch-slowakischen Grenze leitete, bei dem es um die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern und andere geschlechtsspezifische Ungleichheiten ging. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte reagierten mit völligem Unglauben und wiesen die Vorstellung, dass es in unserer Gesellschaft Ungleichheiten gibt, völlig zurück. Daher bin ich der Meinung, dass intensivere Debatten über

bestehende Schwachstellen und Ungleichheiten geführt und entsprechende Kapazitäten aufgebaut werden müssen, und zwar unabhängig von der Altersgruppe.

Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Chancen für junge Menschen – auch für benachteiligte Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen und junge Menschen mit Migrationshintergrund – scheint nach wie vor utopisch. Wenn es unser gemeinsames Ziel ist, jungen Menschen eine solide Grundlage für die Verwirklichung ihres Potenzials und ihrer Träume zu bieten, müssen wir jetzt handeln. Einen Lösungsansatz zu finden, ist nicht einfach, aber die Stärkung der Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft – insbesondere im Bereich der informellen Bildung – könnte dazu beitragen, Lücken zu schließen, nachdem ermittelt wurde, in welchen Bereichen die Schwachstellen am größten sind. Die anschließende Neuausrichtung der Anforderungen an Lehrkräfte und alle Jugendarbeiter, die in gemeinschaftsbildenden Maßnahmen tätig sind, könnte einen Rahmen für einige gezielte, systemische Lösungen schaffen.

Die Zivilgesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, die aktive Bürgerbeteiligung zu fördern, doch junge Menschen werden nach wie vor wenig in die Beschlussfassung und demokratische Entscheidungsstrukturen einbezogen. Es besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen den Zielen junger Menschen und den Räumen und Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, um diese in die Tat umzusetzen. Wahlen allein führen nicht zu den gewünschten Ergebnissen, da der Kampf gegen politische Kulturen und Desinformation in einigen Ländern nach wie vor eine Herausforderung ist. Nicht zu wählen, bedeutet jedoch nicht, keine Meinung zu haben oder dass es keine Probleme gibt, die angegangen werden müssen. Um sich bürgerschaftlich mehr zu engagieren, brauchen junge Menschen nicht nur positive Erfahrungen, sondern auch greifbare Ergebnisse – ohne ein falsches jugendfreundliches Image, Alibimaßnahmen oder selektives Handeln. Ich bleibe zuversichtlich, dass die EU-Mitgliedstaaten in der Lage sein werden, diese Räume zu schaffen und den jungen Menschen endlich Möglichkeiten für sinnvolles Engagement und Mitgestaltung bieten. Aber bitte nicht erst in drei, fünf oder zehn Jahren! Es muss sich jetzt etwas ändern, damit sich die gesellschaftlichen Gräben nicht weiter vertiefen.

Bei YEYS 2025 konnte ich an der Ausarbeitung einer Empfehlung insbesondere zum Klimawandel mitwirken, was mich sehr gefreut hat, da die Dreifachkrise des Planeten meiner Ansicht nach eine der größten Herausforderungen für die Menschheit ist. Die Entwicklung einer kohärenten Klimaschutzstrategie für die EU war neben der Korruptionsbekämpfung durch Transparenz und Jugendbeteiligung, der aktiven Bürgerschaft, der Gleichstellung und dem Konzept „Junge Menschen müssen mitreden können“ eine der fünf Empfehlungen der Jugendplenartagung. Dass dieses Thema auf der Liste der gemeinsam unterstützten Empfehlungen steht, macht deutlich, dass die jungen YEYS-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer es als eine entscheidende Herausforderung ansehen, die es zu bewältigen gilt. Allerdings spiegelt dies die Sichtweise einer Gruppe junger bereits sensibilisierter Menschen wider und kann nicht als repräsentativ für alle EU-Mitgliedstaaten angesehen werden. Einige hätten vielleicht geglaubt, dass eben diese Empfehlung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von YEYS 2025 am wichtigsten ist, doch sie landete bei der Schlussabstimmung auf dem letzten Platz. Dies sollte uns noch einmal vor Augen führen, dass es nicht nur einziges „Jugendthema“ gibt. Junge Menschen sind zu Recht über das gesamte Spektrum aktueller Themen besorgt, und die Jugendagenda ist per se breit gefächert und bereichsübergreifend.

Einige junge Menschen wissen um die Bedeutung von Umweltschutz und Nachhaltigkeit, während es sich andere schlichtweg nicht leisten können, diese Themen als Priorität zu betrachten, da sie ihre Grundbedürfnisse kaum decken können. Ich habe die Dreifachkrise unseres Planeten als eine der größten Herausforderungen für die Menschheit genannt, aber wenn wir bedenken, dass alle großen Probleme

gleichzeitig angegangen werden müssen, um wirksame Lösungen zu finden, sieht das Bild anders aus. Der aktuelle geopolitische Kontext und der Kampf der EU um internationale Wettbewerbsfähigkeit lenken die Aufmerksamkeit ab und verlangsamen Transformationsprozesse. Letztendlich haben allerdings weder wir noch künftige Generationen einen Planeten B, auf dem wir diese Probleme lösen können, und wir können es uns nicht mehr leisten, die Belastungsgrenzen unserer Planeten zu überschreiten.

Um noch einmal darauf zurückzukommen, dass viel auf dem Spiel steht: Junge Menschen in all ihrer Vielfalt sollten ihre Jugend mit all ihren Privilegien, ihren Herausforderungen und ihrer Schönheit genießen können. Aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen geht jedoch hervor, dass junge Erwachsene in den letzten zehn Jahren deutlich weniger mit ihrem Leben zufrieden sind und sich glücklich schätzen. Selbst angesichts der großen Herausforderungen, die vor uns liegen, bin ich der festen Überzeugung, dass es eine faire Chance zur Bewältigung dringender Probleme und zur Verbesserung der Lebensqualität für alle gibt, wenn wir junge Menschen dadurch motivieren, dass ihr Handeln greifbare Ergebnisse zeigt.

Kristýna Bulvasová ist Mitglied des Europäischen Jugendnetzes für nachhaltige Entwicklung. Sie war Jugenddelegierte für den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats und tschechische Jugenddelegierte bei den Vereinten Nationen. Als ehemalige Sprecherin des tschechisch-deutschen Jugendforums setzt sie sich weiterhin aktiv für die Stärkung der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit ein. Kristýna befasst sich als Jugendaktivistin vor allem mit den Themen zukunftsorientierte Bildung und Nachhaltigkeit und leitet derzeit die tschechische nicht staatliche Organisation MOB – junge Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig studiert sie an der Karlsuniversität in Prag und der Universität Regensburg. Neben ihrer aktiven Teilnahme an YEYS war Kristýna auch mit einem Redebeitrag bei der Woche der Zivilgesellschaft des EWSA in der Sitzung zum Thema „Perspektiven für einen inklusiven gerechten Übergang und ein grünes und blaues Wachstum“ vertreten.



JUNGE MOLDAUERINNEN UND MOLDAUER BEI YEYS: EINE NEUE GENERATION ERWEITERT IHREN HORIZONT

Die junge Moldauerin Mădălina-Mihaela Antoci war eine der Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kandidatenländer auf der diesjährigen EWSA-Jugendplenartagung **Your Europe Your Say (YEYS)**. Sie nahm auch an der **Woche der Zivilgesellschaft** des EWSA teil, wo sie eine mitreißende Rede zum Thema „Immer noch in Vielfalt geeint“ hielt. Die Vorsitzende des Erasmus Student Network Moldau und Vorstandsmitglied des Nationalen Jugendrats des Landes sprach mit uns über die Bedeutung der EU für junge Moldauerinnen und Moldauer sowie über ihr Anliegen, junge Menschen in ihrem Land für Auslandsstudienaufenthalte zu begeistern und ihnen eine globale Denkweise zu vermitteln.

1. Spricht der Nationale Jugendrat Moldaus mit jungen Menschen über die Integration in die EU? Wie sehen junge Moldauerinnen und Moldauer die EU?

Absolut. Der Nationale Jugendrat Moldaus führt Konsultationen und Aufklärungskampagnen durch und steht in direktem Kontakt zu Politikerinnen und Politikern. Dadurch stellt er sicher, dass die Stimme junger Menschen im EU-Integrationsprozess gehört wird. Für viele junge Moldauerinnen und Moldauer steht die EU für Fortschritt, neue Horizonte und eine Zukunft, in der ihre Talente anerkannt und gewürdigt werden. Bei der Aufklärungsarbeit gibt es allerdings noch einige Defizite und genau da kommen wir auf den Plan: Wir setzen an der Neugier an und machen daraus eine aktive Teilhabe.

Wir organisieren Foren, Debatten und Workshops zu EU-Integration, Politik und Jugendrechten.

Wir fordern die Einbeziehung der Jugend in nationale Entscheidungsprozesse.

Wir führen Kampagnen durch, um junge Moldauerinnen und Moldauer über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu informieren und aufzuklären.

2. Könnten Sie uns kurz über Ihre Arbeit beim Erasmus Student Network (ESN) Moldau berichten?

Meine Aufgabe als Vorsitzende des ESN Moldau ist es, jungen Menschen Möglichkeiten im Ausland aufzuzeigen, die ihr Leben verändern könnten. Unser Team setzt sich für die Förderung der Mobilität, die Schaffung eines angenehmen Umfelds für Austauschstudierende und für internationale Bildung ein. Eine meiner wichtigsten Initiativen ist „Erasmus an Schulen“, bei der wir Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen ermutigen, ihren Horizont zu erweitern und global zu denken.

3. Wie viele moldauische Studierende haben denn bislang entweder insgesamt oder jährlich am akademischen Programm Erasmus+ teilgenommen?

Derzeit nimmt Moldau keine Erasmus+-Studierende auf, aber junge Moldauerinnen und Moldauer machen im Ausland bereits auf sich aufmerksam. Jedes Jahr studieren im Rahmen von Erasmus+ zwischen 500 und 700 moldauische Studierende an führenden europäischen Hochschulen oder absolvieren Praktika in wichtigen europäischen Institutionen. Seit Beginn des Programms haben Tausende junge Menschen Erfahrungen im Ausland gesammelt und bringen Innovation, Führungsqualitäten und eine neue Perspektive zurück ins Land. Im Rahmen von „Erasmus an Schulen“ will ich erreichen, dass noch mehr junge Moldauerinnen und Moldauer mobil werden und sehen, dass sie die Welt entdecken können.

4. Wo sehen Sie den Wert solcher akademischer Austauschprogramme für junge Menschen in einem Kandidatenland wie Moldau?

Erasmus+ ist nicht nur ein Studienprogramm, sondern ein Sprungbrett für die Zukunft Moldaus. Es vermittelt jungen Menschen mehr als nur Bildung. Es lehrt sie Anpassungsfähigkeit, Widerstandsfähigkeit und eine europäische Perspektive. In einem Kandidatenland wie Moldau geht es darum, eine Generation heranzubilden, die ihren Horizont erweitert, die innovativ ist, zusammenarbeitet und bereit ist, unser Land in die europäische Zukunft zu führen.

5. Welche Erwartungen hatten Sie an YEYS und die Woche der Zivilgesellschaft?

Ich habe angeregte Debatten, mutige Ideen und ein echtes Engagement für die Einbeziehung junger Menschen in die Politikgestaltung erwartet. Diese Veranstaltungen sind mehr als nur Treffen – sie sind

Plattformen, auf denen junge Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger den Status quo in Frage stellen und sich für ein stärkeres, inklusiveres Europa einsetzen. Für Moldau ist dies ein weiterer Schritt zur Überbrückung der Kluft zwischen der lokalen Realität vor Ort und den europäischen Ambitionen, was zeigt, dass unsere jungen Menschen nicht auf die Zukunft warten, sondern sie selbst gestalten.

Die 21-jährige **Mădălina Mihaela Antoci** engagiert sich in den Bereichen Jugend, Bildung, Bürgerbeteiligung und Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen. Sie ist Vorsitzende des Erasmus Student Network Moldau und Vorstandsmitglied des moldauischen Nationalen Jugendrates.

Als unermüdliche Verfechterin des akademischen Programms Erasmus+ klärt sie junge Menschen mit großem Erfolg darüber auf, welche Möglichkeiten sich ihnen im Ausland bieten, ohne dabei den Wert der Bildung im eigenen Land außen vor zu lassen. Sie hat Hunderte von Studierenden dazu inspiriert, sich an der akademischen Mobilität zu beteiligen und einen aktiven Beitrag zu ihren lokalen Gemeinschaften zu leisten.



Die ukrainische Jugend ist voller Lebenskraft

An der Jugendplenartagung „Your Europe Your Say!“ 2025 nahmen rund 90 Schülerinnen und Schüler aus der EU, den Kandidatenländern und dem Vereinigten Königreich teil. Walerija Makarenko war den weiten Weg aus dem kriegsgebeutelten Charkiw in der Ukraine gekommen, um ihr Land auf der Veranstaltung zu vertreten. Sie erklärte uns, warum die Teilnahme an der Jugendplenartagung für junge Ukrainer so wichtig ist, und äußerte die Hoffnung, dass ihre Generation, die durch den Krieg Resilienz und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelt hat, die Ukraine in eine bessere Zukunft führen wird.

1) Warum ist es Deiner Meinung nach für junge Menschen wichtig, an EU-Veranstaltungen wie „Your Europe Your Say“ teilzunehmen?

Ich denke, dass die Teilnahme an EU-Veranstaltungen wie „Your Europe, Your Say!“ für junge Menschen deshalb wichtig ist, weil sie ihnen eine Plattform bieten, auf der sie ihre Meinung äußern, sich an sinnvollen Diskussionen beteiligen und die Zukunft Europas aktiv mitgestalten können. Diese Veranstaltungen bieten die wirklich unschätzbare Gelegenheit, die Entscheidungsprozesse kennenzulernen, Führungsqualitäten zu entwickeln und Kontakte zu Gleichaltrigen aus verschiedenen Ländern zu knüpfen. Für junge Ukrainerinnen und Ukrainer hat die Teilnahme noch größere Bedeutung, denn sie ermöglicht es uns, von unseren eigenen Erfahrungen zu berichten, für die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union einzutreten und die Solidarität unter den jungen Menschen in Europa zu fördern.

2) Wie wirkt sich der Krieg deines Erachtens auf die jungen Menschen in der Ukraine aus?

Der Krieg hat das Leben der jungen Menschen in der Ukraine stark verändert und sich auf ihre Bildung, ihre psychische Gesundheit und ihr allgemeines Sicherheitsgefühl ausgewirkt. So mussten viele ihr Studium

online fortsetzen oder umziehen, oft unter instabilen Bedingungen. Der Krieg hat sie jedoch auch resilienter gemacht - junge Ukrainerinnen und Ukrainer sind nicht nur zu Symbolen der Kraft und Stärke geworden, sondern engagieren sich auch stärker in der Freiwilligenarbeit, im Aktivismus und beim Wiederaufbau, wie z. B. bei Stadtplanungsvorhaben. Trotz aller Schwierigkeiten sind wir entschlossen, unsere Identität zu bewahren und einen Beitrag zur Zukunft unseres Landes zu leisten.

3) Was erhoffst du dir für die Zukunft junger Menschen in der Ukraine?

Die Frage nach der Zukunft ist sicher für fast alle ukrainischen Teenager kompliziert. Wir jungen Menschen hoffen, dass wir alle in der Ukraine Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und eine sichere Zukunft in einer starken, unabhängigen Ukraine haben werden. Ich hoffe auch, dass die internationale Gemeinschaft die Ukraine weiterhin beim Wiederaufbau unterstützen wird, damit sich die jungen Menschen entfalten können, anstatt einfach nur zu überleben. Die ukrainische Jugend ist voller Lebenskraft, und es ist inspirierend zu sehen, dass sich immer mehr junge Menschen an verschiedenen Projekten beteiligen, u. a. in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Wiederinstandsetzung der Infrastruktur. Vor allem aber hoffe ich, dass unsere Generation, die sich durch Resilienz und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit auszeichnet, die Ukraine in eine bessere, innovativere und demokratischere Zukunft führen wird.

4) Möchtest du abschließend noch ein paar Worte über die Veranstaltung sagen?

Ich fand sie wirklich inspirierend. Allein schon mich mit den anderen Teilnehmern auszutauschen, ihnen zuzuhören und das von ihnen Gesagte zu analysieren, war für mich beeindruckend. Wir brauchen uns nur zusammensetzen, um zu zeigen, wozu wir alles in der Lage sind. Einige Projekte, an denen wir teilgenommen haben, haben uns wirklich geholfen, andere Länder besser zu verstehen. Ich habe so vieles über sie erfahren, was mir neu war. Ich bin begeistert und ich bin stolz, dabei gewesen sein zu dürfen.

***Walerija Makarenko** ist eine 16-jährige Schülerin aus Charkiw, Ukraine. Sie besucht die 10. Klasse des Charkiwer Gymnasiums Nr. 99.*



Meine „YEYS 2025“-Erfahrung – Junge Menschen können etwas bewirken!

Der siebzehnjährige Schüler Adam Mokhtari war einer der irischen Vertreter bei [Your Europe, Your Say! \(YEYS\)](#), der Jugendplenartagung, die im März unter dem Motto „Jungen Menschen eine Stimme geben“ in Brüssel stattfand. Später stellte er die YEYS-Empfehlungen auf der EWSA-Woche der Zivilgesellschaft in der Sitzung „Weichenstellung für Europa - Zusammenführung polarisierter Gesellschaften durch gemeinschaftliches Lernen und politische Bildung“ vor. Adam beschreibt seine positiven Erfahrungen mit YEYS. Anhand seiner eigenen Geschichte erläutert er, warum er sich ein Europa wünscht, zu dem sich alle Menschen zugehörig fühlen.

von Adam Mokhtari

Hallo, ich heiße Adam Mokhtari und habe als Vertreter Irlands an „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) 2025 teilgenommen. Das war eine tolle Erfahrung! Rund 90 junge Menschen aus ganz Europa haben dort Ideen ausgetauscht, um die Zukunft zu gestalten.

Besonders gut hat mir die Arbeit in Gruppen gefallen, wo wir wichtige Themen diskutiert und Entscheidungen getroffen haben. Auch abwechselnd in die Rolle des Zuhörers, des Redners und des Beobachters zu schlüpfen und sich darüber auszutauschen, was Europa für jede und jeden von uns persönlich bedeutet, hat mir viel Spaß gemacht. Wir hatten jeweils sieben Minuten Redezeit, damit auch alle zu Wort kommen konnten.

Am Ende einigten wir uns auf **fünf zentrale Empfehlungen**, nämlich die Politik transparenter zu machen und junge Menschen einzubeziehen, im Schulunterricht aktive Bürgerschaft zu thematisieren, Gleichheit für alle zu gewährleisten, jungen Menschen ein echtes Mitspracherecht in der Politik zu geben und einen starken Klimaschutzplan aufzustellen.

Es war mir eine Ehre, bei der EWSA-Woche der Zivilgesellschaft alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der YEYS zu vertreten und unsere Empfehlungen an politische Entscheidungsträger weiterzugeben. So habe ich selbst erfahren, dass junge Stimmen wichtig sind!

Die Macht der Bildung

Bildung spielt eine große Rolle, wenn es darum geht, junge Menschen für die Demokratie zu begeistern. Durch Bildung lernen wir kritisch zu denken, Fake News zu erkennen und aktiv zu werden. Ohne die Unterstützung meiner Schule hätte ich diese Möglichkeit nicht gehabt. Jetzt möchte ich meinerseits andere Menschen ermutigen, sich ebenfalls zu engagieren.

Bei den YEYS hörten sich EWSA-Präsident **Oliver Röpke** und die EU-Jugendkoordinatorin **Biliana Sirakova** unsere Ideen an und ermutigten uns, weiter auf Veränderungen zu drängen.

Warum Inklusion mir persönlich so wichtig ist

Ich bin in Irland geboren, nachdem meine Eltern Ende der 90er Jahre dorthin gezogen waren. Sie wurden von den Menschen in Irland freundlich und mit Respekt behandelt. Von meinen Eltern weiß ich, dass es damals in Irland sehr wenig Vielfalt gab. Trotzdem konnten sie sich in den 90er Jahren ein gutes Leben aufbauen.

Ich selbst bin Ire, und ich bin Europäer. Ich habe algerische Wurzeln. Manchmal habe ich mich anders gefühlt, aber meistens fühle ich mich wie alle anderen. Ich habe viel von anderen Kulturen gelernt, und ich denke, dass das Leben hierdurch bereichert wird. Wenn wir alle gleich wären, wäre das Leben langweilig. Es geht darum, offen für Unterschiede zu sein und Verständnis für andere aufzubringen.

Leider sind einige Menschen mit Migrationshintergrund – auch junge Menschen – heute Diskriminierung, Hass und ungerechter Behandlung ausgesetzt, was durch soziale Medien mitunter noch verstärkt wird. Das muss sich ändern. Diese Entwicklung macht mich sehr traurig. Einigen Migrantinnen und Migranten geht es jetzt in Irland schlecht, sie müssen auf der Straße leben und werden als Problem angesehen. Dies ist nicht leicht und sehr schade.

Ich habe das Glück, dass sich auf meiner Schule alle angenommen fühlen. Diese Erfahrung machen aber nicht alle jungen Menschen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle jungen Menschen fühlen, dass sie akzeptiert sind und dazugehören, und dass sie nicht von der Gesellschaft ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden.

Aufbau einer besseren Zukunft

Um Irland und die Europäische Union inklusiver zu machen, müssen wir mehr über verschiedene Kulturen lernen und besser wissen, was die EU für uns tut. Dies wird das Verständnis füreinander wachsen lassen und die Inklusion verbessern.

Wir brauchen Gemeinschaftsveranstaltungen, auf denen die Menschen sich treffen und positiv miteinander interagieren. Mehr junge Menschen müssen in Entscheidungen auf lokaler Ebene eingebunden werden, auch in Jugendclubs, Sportvereinen, Schulen oder auf EU-Ebene. So werden sie merken, dass sie sich bei den Themen einbringen können, die ihnen am Herzen liegen. Zeigen Sie jungen Menschen, wie sie sich engagieren können.

Wir brauchen die Unterstützung der EU, damit Inklusion ernst genommen wird. Es war schön zu hören, dass Inklusion beim EWSA Priorität hat.

Was ich mir für Europa wünsche

Viele junge Menschen wissen nicht viel darüber, was die EU für sie tut. Die EU sollte sich stärker dafür einsetzen, dass wir uns an der Politik und an Wahlen beteiligen.

Ich möchte in einem geeinten, fairen und offenen Europa leben, zu dem sich alle Menschen unabhängig von ihrem Hintergrund zugehörig fühlen.

YEYS hat mir gezeigt, dass junge Menschen etwas bewirken können. Auch wenn nicht alle unsere Ideen sofort aufgegriffen werden, so wird uns doch zumindest Gehör geschenkt. Als irischer Jugendlicher mit algerischen Wurzeln habe ich das Gefühl, dass meine Stimme zählt, und ich wünsche mir, dass das auch für andere Menschen gilt.

Bildung kann dazu beitragen, Menschen zusammenzubringen, Diskriminierung zu bekämpfen und jungen Menschen eine Stimme zu geben. Ich werde diese Erfahrung mit nach Hause nehmen und andere ermutigen, sich zu engagieren. Die Zukunft liegt in unseren Händen! Es ist unser Europa, und wir können mitreden!

Adam Mokhtari ist ein 17-jähriger Schüler aus Irland. Er besucht die *Bremore Educate Together Secondary School* in Balbriggan bei Dublin. Adam interessiert sich sehr für die EU und dafür, die Gesellschaft inklusiver und erfolgreicher zu machen. Er hat an YEYS 2025 teilgenommen und war YEYS-Vertreter bei der diesjährigen Woche der Zivilgesellschaft.



Veranstaltungen wie die Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) zeigen den Ukrainerinnen und Ukrainern, dass Europa sie nicht vergessen hat

Junge Ukrainerinnen und Ukrainer, für die es im täglichen Bombenhagel vor allem darum geht, am Leben zu bleiben, können es sich nicht leisten, über die ferne Zukunft nachzudenken, sagt die 18-jährige Jewhenija Senyk, YEYS 2025-Teilnehmerin und Jugendaktivistin aus der Ukraine. Sie erzählt, welche Folgen der Krieg für die Jugendorganisationen in ihrem Land hat und warum es für sie wichtig ist, sich auf der europäischen Bühne Gehör zu verschaffen.

Wie hat sich Ihrer Meinung nach der Krieg in der Ukraine in den letzten drei Jahren auf Ihre Organisation ausgewirkt, und wie hat

sich Ihre Arbeit verändert?

Mit der 2013 gegründeten SD-Plattform sollen Werte wie Freiheit, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit geschützt werden, weil wir sie für die wichtigsten Werte im Sinne einer fortschrittlichen Zukunft in der Ukraine halten. Wir haben auch viele Zweigstellen in anderen Ländern, damit sich ukrainische Jugendliche, die ihre Heimat verlassen mussten, auch im Ausland weiter engagieren können.

Zunächst einmal hat sich der Krieg auf die Arbeit der regionalen Zweigstellen ausgewirkt; viele von ihnen, z. B. in Odessa und Saporischschja, sind sehr nahe an der Front und die Menschen dort werden täglich bombardiert. Sie können kaum an die Organisation von Veranstaltungen denken, es geht vor allem darum, zu überleben. Die täglichen Bombenangriffe belasten die jungen Menschen im ganzen Land. Niemand kann es sich leisten, an die ferne Zukunft zu denken, weil keiner weiß, was morgen oder auch nur in den nächsten zwei Stunden passiert.

Außerdem ist die finanzielle Lage in der Ukraine wegen des Krieges angespannt, dadurch fehlt es an Arbeitsplätzen für junge Menschen. Sie müssen einen Job finden, gleichzeitig versuchen sie, zu studieren und sich in Jugendorganisationen zu engagieren, das ist schwer miteinander zu vereinbaren.

Nach Beginn der groß angelegten Invasion haben viele junge Menschen begonnen, gegen die russischen Aggressoren mit Waffen und nicht mehr in Jugendräten oder Jugendorganisationen zu kämpfen. Daher haben junge Menschen keine Erfahrungen mit Politik. Künftig wird es schwierig sein, dafür zu sorgen, dass alle am politischen Leben teilnehmen können.

Bei SD-Plattform bieten wir kostenlose, nicht formale politische Bildung an, damit junge Leute erfahren, wie sie die Politik auf regionaler und nationaler Ebene beeinflussen können.

Warum ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass Jugendorganisationen oder ihre Vertreter an Veranstaltungen wie „Your Europe Your Say!“ teilnehmen?

Erstens zeigen diese internationalen Veranstaltungen uns Ukrainerinnen und Ukrainern, dass Europa uns nicht vergessen hat. Es ist wichtig für uns, hier zu sein, gehört zu werden, andere nach ihren Erfahrungen zu fragen und neue Ideen mit in unser Land zu nehmen.

Es zeigt auch, dass wir Teil der Europäischen Union werden können – wofür wir uns einsetzen. Denn wenn wir hier sind, können europäische Jugendliche uns zuhören und wir können ihnen zuhören. Es ist wie eine Art Partnerschaft zwischen uns allen.

Welche Unterstützung und Hilfe brauchen junge Menschen, damit sie sich auch weiterhin in der Jugendarbeit engagieren und aktiv bleiben?

Ich finde es sehr wichtig, dass Gespräche zwischen der Europäischen Union und jungen Leuten aus der Ukraine geführt werden. Wenn uns die Europäische Union weiter diese Möglichkeiten gibt, bei der Gestaltung der EU-Politik mitzureden, werden wir zu gemeinsamen Schlussfolgerungen kommen, die für beide Seiten von Vorteil sind, denn wir sind ein Teil Europas, also muss es gemeinsame Standpunkte in allen Politikbereichen geben. Wenn die Europäische Union ukrainische Jugendliche weiterhin finanziell unterstützt, damit sie an Veranstaltungen wie dieser teilnehmen können, hilft sie ihnen, sich auch in Zukunft politisch zu engagieren, weil die Kosten dann kein so großes Hindernis für die Teilnahme sind.

***Jewhenija Senyk** ist Jugendaktivistin bei SD-Plattform, einer Mitgliedsorganisation des Nationalen Jugendrats der Ukraine. Sie studiert Internationale Beziehungen an der Staatlichen Polytechnischen Universität Lwiw.*



Jugendbeteiligung darf keine reine Pflichtübung sein

Niemals zuvor gab es eine so gut ausgebildete Generation mit so viel Potenzial, die aber gleichzeitig unter massivem Druck steht und von erheblichen Zukunftsängsten geplagt wird, so Bruno António, Jugendexperte und Hauptredner auf der Veranstaltung „Your Europe, Your Say“ 2025. Er sprach mit EWSA info darüber, wie die Stimme junger Menschen verstärkt werden kann und warum es in Zeiten zunehmender Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in Europa bei künftigen EU-Jugendprogramme entscheidend darauf ankommt, junge Menschen auch weiterhin die Bedeutung der Demokratie vor Augen zu führen.

1. Sind junge Menschen heute in Politik und Gesellschaft eher passiv oder aktiv? Wie können sie stärker an der

Politikgestaltung beteiligt werden?

Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass jungen Menschen nicht alles egal ist und sie sich aktiv beteiligen. Wenn wir politisches Engagement als Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme definieren, dann ist es offensichtlich, dass junge Menschen aktiv werden, um einen Wandel anzustoßen. Besonders interessant dabei ist, auf welche Art sie sich engagieren. Zu den klassischen Formen der Partizipation gehören die Wahlbeteiligung, ehrenamtliches Engagement in Nichtregierungsorganisationen oder die Mitgliedschaft in Jugendorganisationen der Parteien. Diese Formen scheinen bei jungen Menschen heute jedoch aus der Mode gekommen zu sein. Sie wollen politische Entscheidungsprozesse lieber durch die Unterzeichnung von Petitionen oder die Teilnahme an Demonstrationen und auf andere innovative Weise beeinflussen. Im „Developing Youth Participation in Local Level“ - [DYPALL-Network](#) erforschen wir diese Instrumente des Engagements, zu denen Beratungen, die Teilnahme an lokalen Jugendräten und andere Mechanismen für den lokalen Dialog mit Jugendlichen gehören. Wir sehen bei jungen Menschen ein starkes Interesse, sich beteiligen zu wollen. Doch die meisten klassischen Mechanismen sind weder jugendfreundlich noch wirklich sinnvoll.

2. Die Ergebnisse der jüngsten Europawahl und nationale Umfragen zeigen, dass viele junge Menschen rechte Parteien wählen. Warum ist dies Ihrer Meinung nach so und sehen Sie darin einen besorgniserregenden Trend, der europäische Werte wie Gleichheit und Integration gefährden könnte?

Dass immer mehr junge Wählerinnen und Wähler für rechtsextreme Parteien stimmen, ist durchaus besorgniserregend. Unserer Ansicht nach ist dies auf Unzufriedenheit mit der etablierten Politik, ein tiefes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen, den Wunsch nach einer starken nationalen Identität oder Ängste hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit zurückzuführen. Wir müssen den grundlegenden Ursachen für diese alarmierenden Tendenzen beim Wahlverhalten nachgehen. Diese Generation ist in einer Zeit ständiger Krisen und ungewissen Zukunftsperspektiven aufgewachsen. Nie zuvor hatten wir eine so gut ausgebildete Generation mit so viel Potenzial, die gleichzeitig aber unter massivem Druck steht und von erheblichen Zukunftsängsten geplagt wird. Die Algorithmen der sozialen Medien verstärken polarisierende Inhalte und prägen die Perspektiven.

All dies führt zu Ungewissheit über die Zukunft. Die Wahl populistischer Parteien kann einerseits eine Form des Protests und Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit sein. Andererseits kann sie aber auch den Wunsch nach einer starken Hand an der Macht widerspiegeln, die ein Gefühl der Sicherheit gibt. Die Geschichte zeigt jedoch, dass junge Menschen oft die Hoffnung verlieren und sich betrogen fühlen, wenn solche rechtspopulistischen Parteien tatsächlich an die Macht kommen. Oft ist es dann zu spät, wenn sie erkennen, dass Rechte, Freiheiten und andere für sie wichtige Werte entzogen oder in Frage gestellt werden.

Besagter Trend gefährdet bereits unsere europäischen Werte. Das zeigt sich nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch im Alltag in unserer Gesellschaft, wo Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zur Normalität werden. Daher müssen künftige EU-Jugendprogramme junge Menschen unbedingt weiterhin dabei unterstützen, die Bedeutung der Demokratie zu verstehen, Demokratie zu erlernen und sie zu erfahren. Gleichzeitig müssen sie die notwendigen Fähigkeiten vermitteln, um sich gegen die Bedrohung durch antidemokratische Bewegungen zu wappnen.

3. Wissen die jungen Europäerinnen und Europäer, was die EU für sie tut? Wie kann ihr Interesse an der EU gesteigert werden? Wie beurteilen Sie die Öffentlichkeitsarbeit der EU?

Wir können mit einiger Gewissheit sagen, dass junge Menschen eindeutig besser Bescheid über das wissen, was die EU für sie tut, als dies bei älteren Generationen der Fall ist. Jugendprogramme wie Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und DiscoverEU tragen dazu bei, dieses Zugehörigkeitsgefühl zur Union zu schaffen und sich als Europäer zu fühlen. Sie sollten ausgebaut und allen jungen Menschen in Europa zugänglich gemacht werden.

Doch wissen sie wirklich, was Europa für sie tut? Unserer Meinung nach nicht. Die Auswirkungen der EU auf die Gesellschaft – und insbesondere auf junge Menschen – müssen deutlicher sichtbar und verständlicher gemacht werden. Die Entscheidungen, die von den EU-Organen getroffen werden, haben enorme Auswirkungen, und daher sollten sich junge Menschen stärker für EU-Fragen interessieren. Wie kann das gelingen? Ich hätte da zwei Vorschläge: Die EU-Organen müssen klar und deutlich machen, dass sich die auf EU-Ebene getroffenen Beschlüsse unmittelbar auf ihr Leben auswirken. Zudem sollten sie Programme ausweiten, die jungen Menschen mehr Möglichkeiten bieten, die EU kennenzulernen, zu erleben und zu entdecken. Dies kann das Gefühl der Zugehörigkeit, des Miteinanders, der Verbundenheit und der Freundschaft unter den Europäerinnen und Europäern stärken.

Die EU-Organen haben zwar enorme Anstrengungen unternommen, um mit den Bürgern in Kontakt zu treten, und diverse Kampagnen und Instrumente erheblich verbessert, aber es reicht immer noch nicht aus. De facto sind sie oft weit von der Lebenswirklichkeit junger Menschen entfernt.

Die Präsenz der EU in den sozialen Medien hat sich zwar verbessert und Kampagnen wurden gezielt auf junge Menschen ausgerichtet, aber es gelingt der EU immer noch nicht, mit ihren Botschaften insbesondere die sehr heterogene Gruppe der jungen Menschen in unserer Gesellschaft anzusprechen. Die Öffentlichkeitsarbeit der EU muss weiterentwickelt, besser strukturiert und durch neue Methoden ergänzt werden. Dazu gehören die Beauftragung nichtstaatlicher Jugendorganisationen als Jugendbotschafter, die Entwicklung dezentraler Plattformen für die Öffentlichkeitsarbeit und die Gestaltung von Kampagnen, in denen die EU-Politik mit Berichten aus dem Alltag verbunden wird, in denen sich junge Menschen wiederfinden. In diesem Zusammenhang sollte mit neuen Kommunikationsansätzen experimentiert werden. Junge Menschen sollten direkt in die Entwicklung und Umsetzung von Kampagnen und anderen Kommunikationsmaßnahmen einbezogen werden.

2. Wie können wir jungen Menschen mehr Gehör verschaffen?

Indem wir sie ernst nehmen und ihren Wert erkennen. Die Institutionen haben die Macht und die Fähigkeit, jungen Menschen Gehör zu verschaffen. Mitunter fehlt es aber an der Bereitschaft, ihnen den Raum, die Unterstützung, die Möglichkeiten und die Mittel für eine sinnvolle Beteiligung zu gewähren.

Jugendbeteiligung sollte nicht als reine Pflichtübung verstanden werden, indem junge Menschen zu öffentlichen Veranstaltungen eingeladen und ein paar Fotos für die sozialen Medien gemacht werden, ihre Beiträge dann aber ignoriert werden. Jugendbeteiligung muss wirkungsvoll sein, d. h. die jungen Menschen müssen die Ergebnisse ihres Engagements und die daraus resultierenden Veränderungen auch sehen können.

Damit die Stimme der Jugend mehr Gewicht bekommt, bedarf es institutioneller Unterstützung, z. B. durch die Vertretung von Jugendlichen in Entscheidungsgremien. Zudem muss Vertrauen geschaffen werden, was Zeit sowie hochwertige Begegnungsräume und Kooperationsprozesse erfordert. Eine angemessene Mittelausstattung ist hierfür das A und O. Außerdem müssen die Institutionen in die Lage versetzt werden, besser zu arbeiten und junge Menschen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Dies braucht Investitionen, echtes Engagement und Zeit.

Bruno António ist Exekutivdirektor des DYPALL-Netzwerks, einer europäischen Plattform für Organisationen der Zivilgesellschaft, lokale Behörden und Forschungseinrichtungen zur Förderung der Jugendbeteiligung an lokalen Entscheidungsprozessen. In den letzten zwölf Jahren hat Bruno António als Jugendexperte und externer Berater für verschiedene Institutionen wie die Europäische Kommission und den Europarat gearbeitet. Zuvor war er Generalsekretär von Youth for Exchange and Understanding sowie Geschäftsführer von ECOS – Cooperativa de Educação, Cooperação e Desenvolvimento. António hat einen Masterstudiengang in Sozialpädagogik an der Universität der Algarve in Faro (Portugal) absolviert.

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Laura Lui (ll)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Christian Weger (cw)
Daniela Vincenti (dv)
Dimitra Panagiotou (dm)
Erika Paulinova (ep)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Leonard Mallett (lm)
Marina Aiudi (ma)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanias (mg)
Margarida Reis (mr)
Millie Tsoumani (mt)
Pablo Ribera Paya (prp)
Samantha Falciatori (sf)
Parminder Shah (sp)

Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Anschrift

European Economic and Social Committee
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
Email: eescinfo@esc.europa.eu

EESC info is published nine times a year during EESC plenary sessions. EESC info is available in 24 languages
EESC info is not an official record of the EESC's proceedings; for this, please refer to the Official Journal of the European Union or to the Committee's other publications.

Reproduction permitted if EESC info is mentioned as the source and a link is sent to the editor.

03/2025